



# FIGU- ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

3. Jahrgang  
Nr. 61, Januar 2017

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

## Zwangsheirat

Freitags-Kommentar vom 23.12.2016, von Ulrich Schliuer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»



Die Schweiz kriecht vor der EU. Symbolbild von gaesteb / pixelio.de

## Einst Bundesrätin – jetzt Brüsseler Laufmädchen

Die Landesregierung präsentiert Vorschläge für Verfassungsänderungen. Umgesetzt werden sie aber nur, wenn Brüssel dafür grünes Licht erteilt.

Der Verfassungsbruch ist Tatsache: Der Entscheid von Volk und Ständen gegen die Masseneinwanderung wird nicht umgesetzt – weil er Brüssel nicht passt.

Man wolle indessen nicht in ein Verfassungsdilemma geraten, doziert die für Rechtliches zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga vor den Medien. Deshalb müsse man die faktische Nicht-Umsetzung eines Volksentscheids – eben noch als mit der Verfassung vereinbar erklärte Schein-Umsetzung – mit Hilfe einer rasch vorzunehmenden Verfassungsanpassung mit der Verfassung wieder in Einklang bringen ...

Kompliziert, widersprüchlich, arrogant – Abbild der in sich verschärfendem Streit die Unterwerfung der Schweiz unter die EU-Oberherrschaft Brüssels anpeilenden Bundesratsmehrheit.

## Tohuwabohu

Wie diese «Verfassungsanpassung» genau geschehen soll, das kann Frau Sommaruga zur Zeit noch nicht genau sagen. Sie behauptet, zwei bundesrätliche Vorschläge dazu würden für eine Vernehmlassung freigegeben – auf dass alle zur Teilnahme an dieser Vernehmlassung Auserwählten ihren Senf dazu beitragen können. Die Wahrheit zur widersprüchlichen «Offerte» ist freilich ein andere: Im Bundesrat herrscht heillose Uneinigkeit, herrschen Zwist und Streit darüber, wie die von Bundesbern vorsätzlich geschändete Bundesverfassung «repariert» werden soll.

Entsprechend grotesk sind die beiden zur Vernehmlassung freigegebenen Vorschläge: Man könne – so lautet der erste Vorschlag – den Artikel gegen die Masseneinwanderung, dessen



Umsetzung Bundesbern mit Blick auf Brüssel verweigert, in der Verfassung einfach stehen lassen. Man müsse bloss die darin enthaltene Umsetzungsfrist aus dem Artikel entfernen ...

Das wird lustig für Bundesbern: Man kann fortan grundsätzlich alles, jede unausgegrenzte Idee, jeden – Entschuldigung! – Furz in die Verfassung schreiben – einfach ohne Umsetzungsfrist. Auf dass sich männiglich an einer hineingeschriebenen Neuerung ergötze, ohne dass diese je umgesetzt werden müsse – jedenfalls nicht, solange sich Brüssel dazu negativ äussert.

Damit würde sich unsere «Landesregierung» von der offenbar zunehmend als untragbar empfundenen Last endlich befreien können, überhaupt noch regieren zu müssen. Der Bundesrat könnte sich fortan – hin und wieder neckische oder angeblich nützliche Vorschläge unverbindlich in die Verfassung schreibend – frohgemut an allen Privilegien und am doch recht erklecklichen Salär erfreuen – und im übrigen nur noch auf Machtwörter aus Brüssel warten.

Der andere Vorschlag ist nicht minder «originell»: Die Schweiz solle sich grundsätzlich der EU-Gesetzgebung unterwerfen. Diese Absicht sei als «genereller Vorbehalt» der Schweizerischen Bundesverfassung überzustülpen. Auch mit dieser «Lösung» könnte Bundesbern jeden Wunsch, jedes Anliegen, jeden Traum, jeden Spleen in die Verfassung schreiben – umgesetzt würde ja nur, was Brüssel billige. Diese Variante von «Verfassungsanpassung» würde die Bundesräte faktisch ebenfalls von fast aller Regierungsarbeit entbinden. Die Mitglieder der Landesregierung hätten im wesentlichen nur noch Laufmädchen- und Laufburschen-Aufgaben zwischen Brüssel und Bern sowie zwischen Bern und Brüssel auf sich zu nehmen – und das Reisen verspricht bekanntlich Unterhaltung und Lustbarkeit.

### Ratlos

Wohl dutzendfach wurde Frau Sommaruga, als sie diese beiden Varianten bundesrätlichen «Den-eigenen-Kopf-aus-der-Schlinge-des-Verfassungsverrats-Ziehens» den Medien präsentierte, immer wieder die gleiche Frage gestellt: Was geschieht, wenn der düpierte, ob des Bundesberner Verfassungsbruchs empörte Souverän beide Varianten bundesrätlicher Flickschusterei an der gröblich verletzten Verfassung zwecks Unterwerfung der Schweiz unter Brüssels Vorherrschaft zurückweisen, also mit schroffem Nein quittieren würde?

Die Antwort der Bundesrätin auf diese in einer echten Demokratie völlig selbstverständliche Frage war so viel-sagend wie bezeichnend: Sie weiss schlicht keine Antwort darauf. Ob sie sich bereits in einem Epigonen-Staat der als verstorben geglaubten Sowjetunion wähnt, wo Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zwar noch an die Urne gerufen werden – aber ausschliesslich als Ja-Sager. Wer sich zu einem Nein erfreuen also Renitenz bekunden würde, der könnte nach seiner Stimmabgabe also nicht mehr nach Hause zurückkehren. Seine Schritte würden durch obrigkeitlichen Zwang vielmehr in Richtung Kerker gelenkt – im Stile von «Gulag einfach».

Klar wird aus der Nicht-Antwort immerhin: Frau Sommaruga will die Schweizerinnen und Schweizer, die den Beitritt zur EU freiwillig nie und nimmer zu vollziehen bereit sind, zur Zwangsheirat mit Brüssel verdonnern: Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt ...

### Drohkulisse und Lügen

Die Zwangsheirat soll erfolgen unter der zum x-ten Mal wiederholten Drohung, die sich längst als unverblümete obrigkeitliche Lüge entpuppt hat. Sie lautet: Wenn sich die Schweiz nicht endlich den Wünschen und Druckversuchen Brüssels ergebe, dann werde sie von der EU in die Hölle vollständiger Isolierung geworfen!

Diese Drohung – auch aus bundesrätlichem Mund wiederholt in die Welt gesetzt – ist nicht bloss dumm. Sie ist falsch! Sie fusst auf lauter Lügen!

### Erste Lüge

Lüge Nummer eins: Die Schweiz würde, wenn sie die EU-Personenfreizügigkeit nicht einem unabänderlichen Gottesgebot vergleichbar hinnehme, die Bilateralen verlieren und damit vom für sie lebenswichtigen Zugang zum EU-Binnenmarkt ausgeschlossen.

Tatsache ist: Der Zutritt der Schweiz zum EU-Binnenmarkt (genauer, der von beiden Vertragspartnern garantierte gegenseitige Marktzutritt) wurde mit dem Freihandelsvertrag von 1972 Wirklichkeit. Dieser Freihandelsvertrag gehört nicht zum Paket der sog. Bilateralen I, welches mit einer Guillotineklausel ausgestattet worden ist.

Der Freihandelsvertrag von 1972 wird von keiner der beiden Vertragspartnerinnen – weder von der EU noch von der Schweiz – irgendwie bestritten oder in Frage gestellt. Er funktioniert – das bestätigen EU und die Schweiz einvernehmlich – einwandfrei. Zusätzlich sind die darin festgehaltenen Vereinbarungen längst solide

abgesichert in Form von durch beide Vertragsparteien unterstützte und in Kraft gesetzte WTO-Regeln – zum Beispiel mit einem gegenseitig zu respektierenden Diskriminierungsverbot.

### Zweite Lüge

Zweite Lüge: Wenn die Schweiz auf den von Volk und Ständen gefassten Beschlüssen gegen die Masseneinwanderung beharre, würden «die Bilateralen» dahinfallen.

Tatsache ist: Der Volksentscheid vom 9. Februar 2014 gegen die Masseneinwanderung verlangt – weil sich die Einwanderungserwartung aus dem Vertrag in der Realität verzehnfacht hat – eine Neuaushandlung entweder von Teilen oder des ganzen Vertrags über die Personenfreizügigkeit. Das Recht auf solche Neuaushandlung wird im Vertrag selbst beiden Vertragsparteien ausdrücklich zugesichert. Wer es wahrnimmt, begeht keineswegs Vertragsbruch. Er kann zwar das Ergebnis der von ihm verlangten Neuverhandlungen nicht allein festlegen, aber er hat das ausdrückliche Recht, Neuverhandlungen zwecks neuer Kompromissfindung zu verlangen. Ein Recht, auf welches die Vertragspartnerin einzugehen verpflichtet ist.

### Dritte Lüge

Als dritte Lüge wird oft behauptet, mit dem Begehren nach Vertragsänderungen würden «die Bilateralen» insgesamt dahinfallen – und das wäre eine Katastrophe für die Schweiz.

Tatsache ist: Ein Paket von sieben bilateralen Vereinbarungen, die seit 2001 in Kraft sind, wurde seinerzeit als Paket I bezeichnet. Die sieben Verträge in diesem Paket I (Personenfreizügigkeit, Gütertransit, Luftverkehr, Forschung, Landwirtschaft, öffentliches Beschaffungswesen, technische Handelshemmnisse) wurden mittels einer sog. Guillotine-Klausel miteinander verbunden: Würde von einer der beiden Vertragspartnerinnen einer dieser sieben Verträge gekündigt, würden die anderen sechs innert eines halben Jahres dahinfallen.

Nun ist aber ein in jeder Beziehung vertragskonformes Begehren nach Neuverhandlungen der Personenfreizügigkeit weder eine Vertragskündigung noch ein Vertragsbruch. Das Recht, Neuverhandlungen zu verlangen, ist vielmehr ausdrücklich Teil des Vertrags; es wird beiden Parteien formell zugestanden.

Tatsache ist weiter, dass diese Guillotine-Klausel allein für die sieben Abkommen dieses Pakets I gilt. Diese sieben Verträge sind zweifellos von gewisser Bedeutung. Aber selbst der vollständige Wegfall dieser sieben Verträge würde die Schweiz gewiss nicht in ihrer Existenz bedrohen.

Der wichtigste Vertrag zwischen Bern und Brüssel, der bereits erwähnte Freihandelsvertrag von 1972, steht ausdrücklich nicht unter dieser Guillotine. Insgesamt existieren heute zwischen der Schweiz und der EU gegen zweihundert bilaterale Abkommen unterschiedlichen Gewichts – aber nur sieben davon unterstehen der Guillotine, welche mit dem vertragskonformen Begehren nach Nachverhandlungen zur Personenfreizügigkeit keineswegs in Funktion tritt.

Es sind nicht Vertragsbedingungen, die der Neuaushandlung der Personenfreizügigkeit im Weg stehen. Es ist allein die in Verwaltung, Parlament und Bundesrat vorherrschende «Höseler-Mentalität» gegenüber Brüssel, welche den Bundesrat ganz offensichtlich seiner Regierungsfähigkeit beraubt hat.

### Vierte Lüge

Die vierte Lüge fusst auf der haltlosen Behauptung Bundesberns, die Bilateralen stünden einzig und allein im Interesse der Schweiz. Wer dies behauptet, würde der EU ja unterstellen, in ihrem Dienst stünden derart fragwürdige, derart schlechte, derart unfähige Diplomaten, dass Brüssel nicht einmal seine ureigenen Interessen in Verhandlungen wahrzunehmen in der Lage sei. Solch offensichtlichen Unsinn behaupten nicht einmal die fanatischsten unten den blinden EU-Beitritts-Befürwortern unter der Bundeskuppel.

Wer den Inhalt des Pakets der Bilateralen I unvoreingenommen prüft, stellt relativ rasch fest: Der EU erwachsen aus diesen Verträgen mindestens gleich viele gewichtige Vorteile wie der Schweiz. Leichtfertige Annullierung dieser Verträge ist weiss Gott nicht zu befürchten. Die Bestimmungen des Transitabkommens zum Landverkehr sind für die grossen, auf Gedeih und Verderb auf eine günstig zu passierende Gotthardroute angewiesenen Spediteure in Italien, in Belgien, in Holland und in Norddeutschland gar von existenzieller Bedeutung angesichts ihrer Wettbewerbssituation gegenüber den Billig-Transporteuren in Osteuropa. Wer glaubt, Italien, Belgien, die Niederlande und Deutschland würden die elementaren Interessen dieser Grossfirmen – ausnahmslos gewichtige Arbeitgeber in ihrer Region – leichtfertig Brüsseler Betonköpfen für ideologisch motivierte Rankünen gegen die Schweiz opfern, täuscht sich gewaltig.

### Die Schweiz als Handelspartnerin

Überhaupt: Die Schweiz ist nach den USA die zweitwichtigste Handelspartnerin der EU – in einzelnen Bereichen muss sie auch noch China den Vortritt lassen. Die – bekanntlich auf unabsehbaren Schuldenlöchern

sitzenden – EU-Staaten erzielen gegenüber der Schweiz insgesamt jährlich bedeutende Überschüsse in zweistelliger Milliardenhöhe.

Schweizer Kunden, die Waren oder Dienstleistungen aus EU-Ländern beziehen, sind zudem – im heutigen Europa keineswegs eine Selbstverständlichkeit – zahlungsfähig. EU-Lieferanten erhalten von der Schweiz Cash! Was Deutschland ins bankrotte Italien, ins bankrotte Griechenland, ins längst zahlungsunfähige Frankreich liefert, wird indessen «bezahlt», indem die bei der Deutschen Bundesbank als theoretisches «Guthaben» ausgewiesenen sog. Target-Kredite einfach laufend erhöht werden. Faktisch muss die Deutsche Bundesbank deutschen Herstellern und Dienstleistern die Guthaben von Kunden aus den genannten Ländern bezahlen. Italien steht bei der Deutschen Bundesbank bezüglich solcher Target-Kredite heute bereits mit über dreihundertfünfzig Milliarden Euro in der Kreide!

Glauben Bundesberns Ausverkäufer schweizerischer Interessen – solche sitzen im Bundesrat, im Parlament, in den Wirtschaftsverbänden und in den Gewerkschaften –, die dringend auf gutes Geld angewiesenen EU-Exportländer würden Brüsseler Ideologen zugestehen, allein aus politischem Trotz funktionierende, zu echten Zahlungen führende Kundenbeziehungen mir nichts dir nichts aufs Spiel zu setzen – hängen doch von diesen funktionierenden Kundenbeziehungen Abertausende Arbeitsplätze in den Sitzstaaten dieser Konzerne ab. Sind Bundesberns Betonköpfe in ihrer Leidenschaft für Brüssel bereits derart erblindet, dass sie davon ausgehen, Frau Merkel würde lieber ihre Wiederwahl gefährden, als dass sie Arbeitsplätze sichernde Kundenbeziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland zu wahren und zu pflegen bereit wäre?

*Das heutige «Brisant» ist das letzte des Jahres 2016. Das nächste Bulletin erscheint am 6. Januar 2017. Wir entbieten den Leserinnen und Lesern unseres Freitags-Kommentars die besten Wünsche zu den bevorstehenden Weihnachtstagen und für einen guten Rutsch ins Jahr 2017.*

24.12.2016, 08:22 von Ulrich Schlüer

Quelle: <http://schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/zwangsheirat-2965>

## Dänemark: 17-Jährige bestraft, weil sie sich gegen Vergewaltiger wehrte

nach Noch.info · Veröffentlicht 02/12/2016 · Aktualisiert 02/12/2016



Ein 17-jähriges dänisches Mädchen, das sich mit Pfefferspray gegen einen Vergewaltiger in der Nähe eines Asylzentrums wehrte, wurde nun für das Tragen der Waffe juristisch verfolgt.

Die 17-Jährige sagte gegenüber der Polizei, sie sei in der Küstenstadt Sønderborg von einem Englisch sprechenden Mann zu Boden geworfen worden und dann hätte er versucht ihr die Kleidung vom Körper zu reißen. Nur durch den Einsatz von Pfefferspray sei es ihr letztendlich gelungen, sich gegen den Mann zu wehren.

Weil es in Dänemark jedoch illegal ist, Pfefferspray zu benutzen, wurde sie angezeigt. Sie muss jetzt 500 Kronen Strafe zahlen.

Der lokale Polizeisprecher Knud Kirsten sagte gegenüber TV Syd: «Es ist in Dänemark illegal, Pfefferspray zu besitzen und zu benutzen, dafür wird sie jetzt eine Busse zahlen müssen.»

Der Mann, der das Mädchen angegriffen hatte, war geflohen und konnte noch nicht angeklagt werden. Laut der Information geht es um einen Marokkaner.

Der Untergang der EU geht weiter. Die sogenannten euroatlantischen Werte sind die Werte des NWO-Establishments. Diese Werte führen in heutiger Zeit zum Aussterben derjenigen Völker, die diesen Werten folgen und die in früheren Zeiten dieses Grosseuropa aufgebaut haben, von dem unsere hausbackenen Liberalen so gerne sprechen. Darin besteht ihre sogenannte «Gerechtigkeit»? Sie machen sich nichts aus den historischen Schicksalen irgendwelcher Deutscher, Franzosen oder Britten sowie Russen, Baschkiren, Tataren, Lesginer usw.

Sollte das Mädchen sich von dem Marokkaner vergewaltigen lassen?! Wahnsinn!

Quelle: <http://noch.info/2016/12/daenemark-17-jaehrige-bestraft-weil-sie-sich-gegen-vergewaltiger-wehrte/>

## Nach Trump: Europa muss seine Stimme finden

Luke; Sott.net; Sa, 10 Dez 2016 15:15 UTC



Wird sich in Europa dank Trump etwas zum Positiven bewegen?

Seit der Trump-Wahl scheint es, als hätte man unseren Politikern und Medien etwas amputiert – nämlich das, was gemeinhin als der Washingtoner Konsens bezeichnet wird. Also jenes ideologische Gerüst, das neoliberale Politik, «humanitäre Interventionen», das Primat der Grosskonzerne und liberalen Nihilismus als «alternativlos» darstellt. Mit Trump als künftigem Präsidenten der Führungsnation des Westens stellt sich die Frage, wie unsere europäischen Eliten reagieren werden, jetzt, da ihre Washington-Hörigkeit und ihre tief internalisierte «Konsens»-Ideologie in Konflikt geraten.

Was machen all die Transatlantiker jetzt, da die – zumindest offiziell – höchste transatlantische Autorität vieles von dem in Frage stellt, was weite Teile unserer Elite so tief verinnerlicht haben? Vorerst scheinen sie zu leugnen, dass sich etwas verändert hat. So drängt die britische Premierministerin Theresa May absurderweise auf einen Konfrontationskurs mit Russland («Assad muss gehen»), entgegen Trumps Annäherung an den «Klassenfeind», der in den letzten Jahren als Sündenbock Nr. 1 für alle Probleme auf der Welt herhalten musste, die meist vom Westen verursacht wurden. «Europa muss jetzt erwachsen werden», titelt die FAZ und meint damit, wir sollten den konfrontativen, mörderischen neoliberalen Kurs wie bisher weiterführen.

Hoffen unsere Politiker und Medien vielleicht, dass Trump doch noch auf den üblichen Kurs des Washingtoner Konsenses einschwenkt und alles nur Wahlkampfretorik war? Das drückt zum Beispiel der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz und ehemalige US-Botschafter Wolfgang Ischinger so aus:

Ischinger: Wir haben einen Augenblick maximaler, nie dagewesener Verunsicherung im transatlantischen Verhältnis. Nicht nur wegen der Sprücheklopferi, sondern weil wir tatsächlich nicht wissen, was dieser Präsident – wenn er im Amt ist – nun eigentlich vorhat. **Will er diese losen Sprüche aus dem Wahlkampf eins zu eins umsetzen? Ich glaube das eigentlich nicht, aber wir wissen es nicht so genau.**

Oder ist es nach Jahrzehnten der Internalisierung des Washingtoner Programms einfach zuviel verlangt, vieles davon in Frage zu stellen? Es besteht die Möglichkeit, dass sich einige Politiker und Vertreter des «Eliten-Clubs» nach und nach Trump und seinen Positionen annähern werden – sei es aus reinem Karriere-Kalkül oder weil sie **insgeheim einige seiner Ansichten teilen, diese bisher aber nicht zu äussern wagten.**

Akzeptanz der neuen Realität

Man spricht ja in der Psychologie von 4 Phasen der Trauer:

1. *Trauerphase: Nicht-Wahrhaben-Wollen*

In dieser ersten Phase der Trauer ist der Betroffene vom **Schock der Nachricht** meist wie erstarrt. Es herrschen **Verzweiflung, Hilf- und Ratlosigkeit** vor. Häufig wird der Verlust vom Trauernden zu diesem Zeitpunkt verleugnet.

2. *Trauerphase: Aufbrechende Emotionen*

In dieser Phase ist der Schock bis zu den Gefühlen durchgedrungen. [...]

3. *Trauerphase: Suchen und Sich-Trennen*

Das bewusste Abschiednehmen kann nun beginnen; **der Verlust wird verarbeitet.**

4. *Trauerphase: Neuer Selbst- und Weltbezug*

In der letzten Trauerphase kehrt allmählich innere Ruhe und Frieden mit sich selbst und dem Verlust ein. Es wird ein neuer Lebenszusammenhang [...] geschaffen und somit **kommt es zu einer neuen Wiedereingliederung in die Gesellschaft.**

Nehmen wir an, es wird tatsächlich um den Washingtoner Konsens getrauert, der Politikern und ihren Netzwerken in den letzten Jahrzehnten so «hervorragend» gedient hat. Manche werden wohl schneller das letzte Stadium der Trauer erreichen und einen Neuanfang machen als andere. Dies hängt sicherlich auch stark von den einzelnen Themen und Politikfeldern ab – es stimmt beispielsweise optimistisch, dass von Seiten der NATO teilweise nun etwas mildere Töne gegenüber Russland zu hören sind:

Nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten stimmt die Nato-Führung laut Reuters «mildere Töne» gegenüber der Regierung in Moskau an. **«Russland ist unser grösster Nachbar, Russland bleibt, und es ist insbesondere dann wichtig, im Dialog zu bleiben, wenn die Spannungen grösser werden und man verschiedenen Herausforderungen im Sicherheitsbereich gegenübersteht»**, sagte der Generalsekretär des Militärbündnisses, Jens Stoltenberg, am Dienstag in Brüssel.

Beginnen hier manche, die neue Donald-Trump-Realität zu akzeptieren? Wir sollten allerdings nicht vergessen, dass wir es bei unserer Machtelite oftmals mit pathologischen Individuen zu tun haben, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind und denen andere Menschen völlig egal sind. Manche von diesen werden zwar ihr Fähnchen nach dem Wind richten, wenn sie einen Vorteil darin sehen, das heisst aber noch lange nicht, dass sie etwas Positives bewirken. Viele leben so sehr in ihrer eigenen Realität, dass sie lieber sich und andere in den Untergang reissen, als sich der Wirklichkeit zu stellen. Interessant in diesem Zusammenhang ist aber zu erwähnen, dass Trump ja ein Geschäftsmann ist – das heisst, dass man mit ihm Deals machen kann. Vielleicht reizt das den einen oder anderen Bürokraten diesseits des Atlantiks ausreichend, um bisherige Ideologien zu vergessen und auf ein neues Pferd zu setzen? Auch Ischinger, der ehemalige US-Botschafter, erkennt die Geschäftsmann-Qualitäten von Donald Trump:

Ischinger: «Da bin ich ganz sicher. Wenn Sie lesen, was er so schreibt in seinem Buch *«The Art of a Deal»*, dann wissen Sie: **Das ist ein Mann, der die renommierte Wharton School absolvierte, der einen MBA hat – der weiss schon, was er tut.** Ich denke diejenigen, die glauben, sie hätten es hier mit einem dümmlichen Idioten zu tun, die liegen ganz ganz falsch.»

Noch wird Trump in Europa verteufelt – wie lange noch?

Zu alldem passt auch, dass sich Angela Merkel jüngst für ein Burka-Verbot aussprach und François Hollande gegen muslimische Immigration wettete. Sicherlich hat das viel mit Wahlkampf zu tun, und man will damit den rechten Parteien das Wasser abgraben. Dennoch ist es interessant, dass solche Positionen gerade jetzt «salonfähig» werden, da Trump gewählt wurde. Trumps Anti-Immigration-Einstellung ist allerdings nur eine von vielen Positionen, die er während des Wahlkampfes vertrat. Einige seiner vernünftigen Positionen betreffen beispielsweise das Ende von Regime Changes oder den teilweisen Rückzug aus der NATO. Diese Positionen sind natürlich für das hiesige Establishment – noch – völlig inakzeptabel. Doch wie lange noch? Schliesslich wäre all dies in Europas ureigenem Interesse und es bleibt zu hoffen, dass die vernünftigen Stimmen in Europa durch den Kurswechsel in den USA (wenn er denn stattfindet, was keinesfalls sicher ist) gestärkt werden. Jedenfalls stimmt, was die FAZ sagt: **Europa muss erwachsen werden. Doch heisst das nicht etwa, den bisherigen imperialistischen und mörderischen Kurs fortzusetzen, dem der Autor des Artikels nachtrauert, sondern selbstbewusst einen Kurs des Friedens zu verfolgen und den alten Washingtoner Konsens dorthin zu schicken, wo er hingehört: In die pathologische Wüste.**

Wie wird sich das alles entwickeln? Wir dürfen gespannt sein. Einige Vertreter von Politik, Medien und Wirtschaft werden sich – zumindest in einigen Punkten – den Trump-Positionen anschliessen, vielleicht auch einigen seiner vernünftigeren Vorschläge. Andere werden auf dem neoliberalen Washingtoner Konsens, der Kriegspolitik und der Hetze gegen Russland beharren. Wie wird sich dieses Wechselspiel auf Politik und Gesellschaft auswirken? Wie wird sich die Nato entwickeln, sollte Trump mit seinen Wahlkampfversprechen Ernst machen und Amerikas innere Angelegenheiten wieder in den Mittelpunkt rücken? Werden die Rechtspopulisten in Europa das Ruder übernehmen, wenn die derzeitigen Eliten starr auf dem bisherigen, neoliberalen Kurs beharren? Es gibt so viele Unwägbarkeiten und Möglichkeiten, dass man dies noch nicht genau sagen kann. Schauen wir gemeinsam hin und verfolgen wir die Entwicklung aufmerksam!

Quelle: <https://de.sott.net/article/27206-Nach-Trump-Europa-muss-seine-Stimme-finden>

## **Indien: Bargeldabschaffung führt zu Massenarbeitslosigkeit**

*Posted on Dezember 11, 2016 8:05 pm by jolu, 11. Dezember 2016 – 20:00*

Die mit dem Jahresbeginn 2017 eingeleitete teilweise Abschaffung des Bargelds in Indien könnte eine Massenarbeitslosigkeit zur Folge haben. Kurzfristig erwarten Experten einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um ein Prozent, gleichzeitig könnten kurzfristig nicht weniger als 400 000 Arbeitsplätze verloren gehen. Neben der E-Commerce-Branche soll vor allem der Bau- und Immobiliensektor von den Nachteilen der bargeldlosen Wirtschaft massiv betroffen sein.

Aber auch die Textilindustrie, die einen hohen Anteil an bar zu bezahlenden Tagelöhnern beschäftigt, soll ein Opfer einer fortgesetzten sogenannten Demonetarisierung werden.

### **Bargeldlosigkeit begünstigt Negativzinspolitik der Banken**

Während in Indien die angestrebte Bargeldlosigkeit vor allem auf dem Arbeitsmarkt negative Auswirkungen nach sich ziehen könnte, stehen europäische Bargeldbesitzer vor einer ganz anderen Herausforderung: Immer mehr Banken führen sogenannte Negativzinsen ein. Wenn man das Geld aber nicht mehr bar abheben kann, da ökonomische Transfers nur mehr bargeldlos erfolgen, dann sind die Bankkunden auch der Negativzinspolitik der Finanzinstitute ausgeliefert.

Einige Banken in Europa fahren bereits jetzt eine fortgesetzte Negativzinspolitik ab einer gewissen Ansparsumme auf den Kundenkonten, die de facto einer Enteignung gleichkommt. Bald könnten etwa in Deutschland auch Kleinsparer davon betroffen werden.

Quelle: <https://www.unzensuriert.at/content/0022560-Indien-Bargeldabschaffung-fuehrt-zu-Massenarbeitslosigkeit>

### **Untergang der USA: Lebenserwartung sinkt**

*Augsburger Allgemeine; So, 11 Dez 2016 09:46 UTC*

*In den USA sinkt die Lebenserwartung. Acht der zehn häufigsten Todesursachen haben im vergangenen Jahr zugenommen, darunter Herzerkrankungen und Diabetes.*

Mit dem medizinischen Fortschritt geht automatisch eine höhere Lebenserwartung einher, könnte man meinen. Doch eine aktuelle Statistik zur Demographie der USA belegt etwas anderes. Zum ersten Mal seit mehr als zwei Jahrzehnten ist die Lebenserwartung der US-Bürger gesunken. Einer der Gründe könnte die veränderte Ernährung sein, so Experten.

#### **Lebenserwartung in den USA gesunken**

Noch 2014 hatte ein Neugeborenes in den USA im Schnitt 78,9 Lebensjahre vor sich. 2015 waren es hingegen nur noch 78,8 Lebensjahre. Das teilte das Zentrum für Gesundheitsstatistik in Washington mit. Acht der zehn häufigsten Todesursachen hätten zugenommen – darunter vor allem Todesfälle durch Herzerkrankungen, Schlaganfälle, Diabetes sowie Überdosen von Drogen und Medikamenten. Besonders betroffen sind weisse Männer und Frauen sowie schwarze Männer.

«Ich denke, wir müssen das sehr ernst nehmen», sagte Anne Case, Ökonomin der Princeton University, der «Washington Post» mit Blick auf die wachsenden Todesraten durch Herzerkrankungen.

#### **Lebenserwartung in den USA: 2015 starben weniger Menschen an Krebs**

Unterschiede in Einkommen und Ernährung sowie Arbeitslosigkeit könnten laut Experten für die sinkende Lebenserwartung verantwortlich sein. Während die Lebenserwartung 65-Jähriger nicht abfiel, sank sie bei Amerikanern mittleren oder jüngeren Alters messbar.

Einziger Lichtblick: 2015 starben weniger Menschen an Krebs. Experten führen das auf eine bessere Früherkennung zurück und darauf, dass weniger geraucht wird. AZ/dpa

Quelle: <https://de.sott.net/article/27239-Untergang-der-USA-Lebenserwartung-sinkt>

### **Das Schweigen der Politiker, Medien und Frauenverbände: Sexuelle Übergriffe auf Kinder durch Immigranten werden nun verheimlicht**

*Michael Mannheimer, 13.12.2016*

Wenn einer Regierung die Kinder des eigenen Volkes egal sind, ist sie als Regierung nicht länger legitimiert. **Berlin schweigt bei den Tausenden von sexuellen Übergriffen vom Immigranten auf deutsche Kinder und Frauen.** Das zeigt, dass das Schicksal der Deutschen der Politik längst wurscht ist.

Wie verlogen und pervers unsere politische Nomenklatura ist, zeigt sich, wenn es um Massen-Delikte ihrer Lieblingsklientel, der islamischen Invasoren, geht.

Sollte ein Biodeutscher ein islamisches Mädchen sexuell belästigen (ist nach meinem Wissensstand bislang noch nie vorgekommen), wird er sehr schnell die ganze Härte des Gesetzes spüren: Gefängnisstrafe ist ihm sicher.

Umgekehrt urteilen dieselben Richter geradezu skandalös milde: Kaum einer der Tausenden Sextäter in Köln wurde verurteilt, selbst sexuelle Intensivtäter werden regelmässig freigesprochen.

Ein unfassbarer Bericht kam nun aus Marienbild. Dort hatten sieben meist aus Syrien stammende Jungen drei Mädchen eingekreist und an Busen und Po angefasst. Hier lautet der Vorwurf: «Beleidigung auf sexueller Grundlage». Aus sexueller Nötigung wurde also das Allerweltsdelikt «Beleidigung». Keine Frauenorganisation schrie auf, keine Femen rasten nackt durch die Strassen, kein einziges deutsches Blatt widmete diesem Skandal auch nur eine Zeile. Und Berlin schweigt wieder einmal.

### Wer bei Verbrechen schweigt, stimmt zu

Dieses Schweigen bedarf einer analytischen Nachbehandlung: Wenn dasselbe Berlin bei jedem Furz auf einer Pegida-Demonstration zu den Mikrofonen greift, um das «Pack» zu warnen, aber bei den zehntausenden Fällen von Vergewaltigungen und massiven sexuellen Belästigungen deutscher Mädchen und Frauen durch Immigranten den Mund hält, dann zeigt es, wie seine Prioritätenliste aufgebaut ist. Die sieht in etwa so aus:

### Die 15 heimlichen Gesetze Berlins bei der Abschaffung Deutschlands

1. Wir Politiker wissen allein, was gut ist für Deutschland.
2. Gut für Deutschland ist, wenn es verschwindet. Es hat schon genug Schaden angerichtet.
3. Wer unsere Politik kritisiert, gehört zum Pack.
4. Wer sie regelmässig kritisiert, ist ein Nazi.
5. Wir sind gerade dabei, die Deutschen mit besseren Menschen zu ersetzen.
6. Diese sind fast ausnahmslos Moslems.
7. Daher ist der Islam ab sofort ein Teil Deutschlands.
8. Wer den Islam kritisiert, ist ein Rassist.
9. Wer ihn regelmässig kritisiert, ist ein Nazi.
10. Wenn moslemische Immigranten Deutsche bestehlen, vergewaltigen oder töten, dann werden sie ihre guten Gründe dazu haben.
11. Denn die deutschen Opfer sind in Wirklichkeit Täter.
12. Und die moslemischen Täter handeln in Notwehr. Sind also in Wirklichkeit Opfer.
13. Da wir die Deutschen abschaffen wollen, ist alles, was den Deutschen schadet, gut und richtig.
14. Und damit kein Deutscher wagt aufzumucken, haben wir verordnet, dass ab sofort keinerlei Übergriffe von Immigranten auf Deutsche bekanntgegeben werden dürfen.
15. Wer es dennoch tut, bekommt es mit unserer neuen STASI um Maas und Kahane zu tun.

Quelle: <https://michael-mannheimer.net/2016/12/13/das-schweigen-der-politiker-medien-und-frauenverbaende-sexuelle-uebergriffe-auf-kinder-durch-immigranten-werden-nun-verheimlicht/>

## Wagenknecht: Merkel trägt Mitschuld an Anschlag von Berlin

By Wolkenkratzer (Own work) [CC BY-SA 3.0], via Wikimedia Commons



### Unkontrollierte Grenzöffnung und kaputtgesparte Polizei

Linkspolitikerin Sahra Wagenknecht übt scharfe Kritik an der Politik Angela Merkels. In einem «stern»-Interview gibt sie der Bundeskanzlerin Mitschuld am Terroranschlag von Berlin. Die Ursachen sieht sie in der unkontrollierten Grenzöffnung, einer kaputtgesparten Polizei und der fatalen Aussenpolitik. Kritik bekommt Wagenknecht dafür aus den eigenen Reihen, lobende Worte hingegen aus der AfD.

Die Chefin der Linksfraktion im Bundestag, Sahra Wagenknecht, gibt Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Mitschuld am Anschlag in Berlin, bei dem 12 Menschen starben.



«Es gibt eine Mitverantwortung, aber sie ist vielschichtiger. Neben der unkontrollierten Grenzöffnung ist da die kaputtgesparte Polizei, die weder personell noch technisch so ausgestattet ist, wie es der Gefahrenlage angemessen ist», so die Politikerin in einem Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin «stern».

### Wagenknecht mit anti-imperialistischen Tönen

Ausserdem sieht die Linkspolitikerin die Ursachen für die Terrorgefahr in der fatalen deutschen Aussenpolitik: Vor allem «die von Merkel unterstützten Ölkriege der USA und ihrer Verbündeten, denen der «Islamische Staat» (Anm. Islamistische Staat) erst seine Existenz und Stärke verdankt.» Schon vor Weihnachten hatte Wagenknecht die Aussenpolitik der Bundesregierung für das Erstarken islamistischer Terrorgruppen verantwortlich gemacht. In diesem Zusammenhang forderte sie zudem, Berlin dürfe sich der «US-Hegemonie» nicht unterordnen. Deutschland sei durch die Kriegsbeteiligung mittlerweile selbst zur Zielscheibe des Terrors geworden. Im «stern»-Interview gibt Wagenknecht der Bundeskanzlerin schliesslich auch die Schuld am Aufschwung der AfD. Merkel habe nämlich in der Flüchtlingspolitik keinen Plan und kein Konzept gehabt: «Das war letztlich schlimmer als nur leichtfertig, ihre Politik hat viel Unsicherheit und Ängste erzeugt und die AfD gross gemacht.»

### Kritik von Linkspartei, Lob von der AfD

Kritik kam vor allem aus Wagenknechts eigener Partei. Die Bundestagsabgeordnete Martina Renner meinte etwa, es sei falsch, Schuld zu personalisieren. «Die Mär vom schwachen Staat – das sollte nicht unser Geschäft sein», so Wagenknechts Fraktionskollegin gegenüber der «Berliner Zeitung». Auch der Abgeordnete Jan van Aken warf Wagenknecht umgehend vor, mit falschen Fakten zu argumentieren. Der Attentäter von Berlin sei nämlich schon zwei Monate vor der umstrittenen Grenzöffnung im September 2015 nach Deutschland gekommen. Lob bekam die Linkspolitikerin indes von der AfD. Der Landesvorsitzende von NRW, Marcus Pretzell, bezeichnete Wagenknecht auf Twitter als «kluge Frau». Er hatte nach dem Anschlag selbst geschrieben: «Es sind Merkels Tote!»  
Quelle: <http://info-direkt.eu/2017/01/07/wagenknecht-merkel-mitschuldig/>

## Ulbig fordert «rechtliche Basis» für Abschiebehaft von Gefährdern

*Epoch Times; Aktualisiert: 7. Januar 2017 9:34*

Sachsens Innenminister fordert die Bundesregierung auf, «endlich schnell die rechtliche Basis» zu schaffen, um Gefährder in Abschiebehaft nehmen zu können.

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz, der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU), hat die Bundesregierung aufgefordert, «nun endlich schnell die rechtliche Basis» dafür zu schaffen, damit kriminelle Migranten und Gefährder in Abschiebehaft genommen werden können.

«Wenn eine «Gefährdung der öffentlichen Sicherheit» für einen Asylbewerber klar nachgewiesen ist oder er wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, ist das für mich ganz klar ein Abschiebehaftgrund», sagte Ulbig der «Rheinischen Post» (Samstagsausgabe). Er forderte, ausreisepflichtige Straftäter sollten nicht nur Deutschland, sondern den gesamten Schengenraum verlassen.

«Wir müssen dafür alle uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel bedingungslos ausschöpfen. Dazu zählt für mich auch die Abschiebehaft.» (dts)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/ulbig-fordert-rechtliche-basis-fuer-abschiebehaft-von-gefaehrdern-a2017945.html>

## So läuft die Vertagung des Bürgerkriegs!

*von Felix Menzel, 22. Dezember 2016*



Bilder: Fahndung Anis Amri

Nach dem islamistischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ist es trotz der ungeheuerlichen Hintergründe des Falls relativ ruhig in Deutschland.

Das hat einen einfachen Grund: Nach Paris, Nizza, Brüssel sowie dem elften September hatte sich das deutsche Volk mental schon darauf eingestellt, dass es irgendwann krachen würde.

Seit fünfzehn Jahren erzählt man uns auf allen Kanälen, dass der Terrorismus nun irgendwie zu unserem Leben dazugehöre. Diese andauernden Wiederholungen haben ihre Wirkung nicht verfehlt: Die Mehrheit der Deutschen haben es unserer Regierung in Windeseile verziehen, dass man Anis Amri nicht stoppen konnte. Es bleibt lediglich ein ungläubiges Kopfschütteln über ein Behördenversagen, das die Deutschen auch dem Arbeits- oder Finanzamt zutrauen würden.

### **Pleiten, Pech, Pannen und eine gehörige Portion politische Blödheit im Fall Anis Amri**

Dabei steckt einiges mehr hinter diesem Fall, nämlich: Pleiten, Pech, Pannen und eine gehörige Portion politische Blödheit. Selbst wenn man davon überzeugt sein sollte, dass uns Masseneinwanderung langfristig wirtschaftlich nützt und es unsere moralische Pflicht ist, Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, so kann man dennoch unter keinen Umständen mutmassliche Terroristen – «Gefährder» genannt – und ausländische Extremisten im eigenen Land dulden. Das geht einfach nicht! Genau dies hat aber diese Bundesregierung zugelassen und abgesehen von einigen kosmetischen Korrekturen wird es auch dabei bleiben.

Zur Faktenlage: In den etablierten Medien ist immer nur die Rede davon, es würden etwas über 500 islamistische «Gefährder» in Deutschland leben. Das hört sich überschaubar an und trägt damit zur Verharmlosung bei. Warum sollen wir aber diese «Gefährder», die sich den ganzen Tag auf Anschläge vorbereiten und mit Islamisten chatten, observieren? Dafür gibt es überhaupt keinen Grund. Wir müssten sie sofort inhaftieren und abschieben. Wer in Deutschland Anschläge vorbereiten will, hat hier nichts zu suchen. Ende. Aus. Fertig.

### **Bis zu 100 000 ausländische Extremisten in Deutschland**

(Anm. FIGU: Am 31. Dezember 2016 um 00.00 h sind gemäss sehr genauen plejarischen Abklärungen 131 476 potentielle Terroristen in ganz Europa eingeschleust worden, wovon sich allein in Deutschland 102 108 aufhalten.)

Neben den 500 Gefährdern, die in der Presse häufig genannt werden, gibt es darüber hinaus noch mindestens 75 000 Islamisten und ausländische Extremisten, die in unserem Land dem Staat als solche offiziell bekannt sind, aber dennoch bleiben dürfen. In dieser unfassbar hohen Zahl sind übrigens noch nicht jene Extremisten eingerechnet, die 2015 im Zuge des «Ansturms auf Europa» nach Deutschland einwanderten. Wir dürften gegenwärtig also zwischen 75 000 und 100 000 extremistisch gesinnte Ausländer haben, die sich rechtmässig oder illegal in Deutschland aufhalten.

Wohlgemerkt: Diese Personen müssen keine Straftaten begangen haben. Es reicht aber doch bereits aus, wenn sich Ausländer in Deutschland in extremistischen Vereinen versammeln, undurchschaubare Parallelgesellschaften bilden und Kontakt halten zu jenen, die den erweiterten Mittleren Osten in Brand gesteckt haben. Müssen wir erst abwarten, bis diese integrationsunwilligen Einwanderer, die sich wie Feinde benehmen, Anschläge begehen? Nein, auf keinen Fall! Im Gegenteil: Es ist unsere Pflicht, die Gefährder, Extremisten und Integrationsunwilligen sofort abzuschieben.

### **Abschiebequote ist 2016 weiter gesunken!**

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) wird nun nicht müde zu betonen, die Bundesregierung nehme die Aufgabe der Abschiebung inzwischen ernst. Leider ist das nur leeres Blabla, wie die jüngsten Zahlen beweisen. Bis Ende November 2016 wurden 23 750 Migranten abgeschoben. Ein Jahr davor waren es 20 888. Was hier wie ein minimaler Anstieg aussieht, ist in Wirklichkeit noch nicht einmal das, weil es zugleich immer mehr Ausreisepflichtige gibt.

Etwa eine halbe Million Ausländer müssten Deutschland 2017 entweder freiwillig oder unter Zwangsmassnahmen verlassen. Es ist komplett ausgeschlossen, dass dieser Staat mit seiner aktuellen Einstellung davon auch nur einen Bruchteil schafft. Um Ausreden sind unsere Spitzenpolitiker schliesslich nie verlegen. Bei Anis Amri sollen die Papiere aus Tunesien gefehlt haben. Und deshalb lässt man so einen Typen einfach unbeobachtet laufen?

### **Drastische Massnahmen, die wirklich helfen würden!**

Es wäre ein Leichtes, einen afrikanischen Staat zu finden, der für eine entsprechende Aufwandsentschädigung illegale Einwanderer aus Deutschland abnimmt und sie in ein Gefängnis sperrt. Würde Deutschland zu einer solch drastischen Massnahme greifen und zugleich Staaten wie Tunesien die Entwicklungshilfe streichen, hätte

sich das Problem ganz schnell erledigt. Die illegalen Einwanderer würden es dann vermutlich gar nicht mehr darauf ankommen lassen, in Deutschland in Abschiebehaft zu geraten. Es hätte schliesslich im Zweifelsfall wirklich üble Konsequenzen.

Dazu wird es freilich nicht kommen. Merkel, de Maizière und Co. werden jetzt ein bisschen mehr Videoüberwachung, ein paar Abschiebungen mehr und kleinere Verbesserungen bei der Polizei ankündigen. Zugleich werden sie dem Volk weiter einbläuen, dass man lernen müsse, mit der Gefahr fröhlich, offen und frei weiterzuleben. So läuft die **Vertagung des Bürgerkrieges**: Es kracht und es passiert nichts, es kracht und es passiert nichts, es kracht und es passiert immer noch nichts, ... ja und dann eines Tages wird alles ganz anders sein. Ganz gewiss, wenn wir jetzt nicht endlich aufwachen und wirklich etwas ändern!

Zuerst erschienen auf unserem Blog *Einwanderungskritik.de*.

Quelle: <http://www.blauenarzisse.de/so-laeuft-die-vertagung-des-buergerkriegs/>

## Wir schaffen es nicht!

Posted on December 24, 2016 by admin

Katja Schneidt arbeitet seit fast 20 Jahren ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe. Sie unterstützt Menschen bei den ersten Schritten in Deutschland, begleitet sie zu Behördengängen, gibt Deutschkurse, ist Ansprechpartnerin bei Sorgen und Nöten, kümmert sich, wenn Kinder nicht zur Schule geschickt werden oder Frauen nicht ohne Begleitung zum Arzt wollen. Sie ist für die Menschen da, die in grosser Zahl nach Deutschland kommen ...

... Und sie zieht eine ernüchternde Bilanz, indem sie sagt:

«Nein, Frau Merkel, wir schaffen das nicht!»



*Katja Schneidt ist alles andere als ausländerfeindlich, aber sie sagt, wo es hapert und was sich ändern muss, damit unsere Gesellschaft eine Chance bekommt ...*

«... Ich weiss nicht, ob wir es schaffen! Ich habe meine erheblichen Zweifel dran und Sorge mich entsprechend ...», schreibt mir die Leserin Hildegard und schickt das Flüchtlings-Gedicht gleich mit ...

## DAS FLÜCHTLINGS-GEDICHT

Ein Flüchtling flieht in die Türkei,

Kriegt einen Apfel und ein Ei.

Da er das viel zu wenig fand,

Floh er drauf nach Griechenland.

Dort gab's am Tag zwei Euro zehn,

Auch davon lebt man nicht bequem.

Drum flieht er mit den ganzen Horden

Weiter schnell in Richtung Norden.

Aber auch die Mazedonen

Wollen ihn nicht recht entlohnen.

Ob denn da wohl die Bulgaren

Etwas grosszügiger waren?

Leider nicht; und die Rumänen

Woll'n ihn auch nicht gern verwöhnen.

Drum flieht er nach Ungarn weiter;

Doch auch die sind geizig, leider!

Nichts wie weg nach Österreich!  
Dort gibt's hundert Euro gleich.  
Man kann als Flüchtling dort gut leben –  
Sollt' er da noch weiter streben?

**Doch erhält er guten Rat:  
Mehr noch gibt's im deutschen Staat!**  
Und in Deutschland wird sein Hoffen  
Noch bei weitem übertroffen:  
Essen, Trinken, Taschengeld –  
Um alles ist es gut bestellt.

**Die Monatskarte für den Bus  
ist gratis, wie der Netzanschluss.**  
Neue Zähne gibt's für lau  
Auch noch für die Ehefrau.  
Deutschkurs, Traumatherapie,  
Und ‹Willkommen!› rufen sie.

**Die jungen Frau'n sind ganz beglückt  
Und hoffen, dass er gut bestückt.**  
Im Gratis-Flirtkurs lernt er dann:  
Wie macht man die am besten an?  
Kinder, Vettern und Cousinen,  
Onkel, Tanten, Konkubinen,  
Mutti Merkel lädt sie ein,  
Sollen auch willkommen sein.

‹Familiennachzug› wird's genannt,  
**Ist bald im Orient bekannt.**  
In Strömen fließt das Kindergeld,  
Das Nächste kommt bald auf die Welt.  
In Schule und im Kindergarten  
Kann man die Neuen kaum erwarten.  
Deutsche gibt's dort nur noch wenig,  
Da fühlt man sich gleich wie ein König!

**Und so sagt sich der Migrant:  
Hier ist das gelobte Land!**  
Deutsches Geld und deutsche Frauen,  
Unverhüllt, schön anzuschauen,  
Was kann ich noch mehr begehren?  
Will hier leben, mich vermehren!

**Nein, wir werden euch nicht köpfen,  
Könntet euch ja sonst nicht schröpfen!**  
Selbst die dummen Christenpfaffen  
Sammeln Geld für uns, die Affen!

**Ohne Arbeit gutes Leben,  
Wo könnt' es das denn sonst noch geben?**  
Vom Amt kommt Miete und Hartz IV –

**Angela, ich danke dir!**

Quelle: <http://marialourdesblog.com/fluchtlings-gedicht-angela-ich-danke-dir/>

## Bissiger Humor gegen Grünen-Chefin Peter – Kabarettistin beisst in der Nafri-Debatte nochmal kräftig zu

*Posted on Januar 6, 2017 9:02 pm by jolu; Epoch Times; Aktualisiert: 6. Januar 2017 20:21*

Die Nafri-Debatte zieht weiter ihre Kreise. Die bayrische TV-Schauspielerin und Kabarettistin Monika Gruber nimmt gegen Simone Peter nochmal so richtig Fahrt auf und greift dabei tief in die Klischee-Kiste. Geschmacksache.



*Monika Gruber. Foto: Lennart Preiss/Getty Images*

Während die Grünen am ärgsten vor Hassbotschaften im Netz warnen, hat ihre Chefin Simone Peter den Stein für dergleichen erst so richtig ins Rollen gebracht. Mit ihrer Kritik an der Bezeichnung «Nafri» für Nordafrikaner, den Polizeibeamte schon lang als Arbeitsbegriff verwenden, hat sie im neuen Jahr sogleich einen handfesten Streit vom Zaun gebrochen.

Die Sicherheitskräfte in Köln hatten zu Silvester mehrere Hundert verdächtige Männer festgesetzt, fast ausschließlich nordafrikanischer Herkunft. Peter hatte daraufhin zudem die Frage nach der Verhältnis- und Rechtmässigkeit gestellt.

Auch Schauspielerin und Kabarettistin Monika Gruber ist noch einmal auf den fahrenden Zug aufgesprungen und hat in ihrer bissigen Art die «Grünen-Pritschn» (so bezeichnet sie Peter) bei Facebook aufs Korn genommen. «Ach, ja ... und zur GRÜPRI (= Grünen-Pritschn), Simone Peter, möchte ich gern sagen (leider bin ich heiser): Wenn sie die Abkürzung «Nafri» für «Nordafrikaner» schon für entmenslichend hält, dann sollte sie vielleicht mal ein paar Joints weniger rauchen und ihren dünnen Vegi-Hintern aus ihrer gepanzerten Dienstlimousine schieben und sich ein bissl in der Welt umschauen, dann würde sie feststellen, dass z.B. wir Bayern vom Rest der Republik als «Seppls» verspottet und die Österreicher von uns «Schluchtscheisser» genannt werden, unsere ostdeutschen Mitbürger sich von «Ossi» bis «Zonen-Zombie» alles gefallen lassen müssen, die Engländer uns sauerkrautfressende Deutsche als «Krauts» und die Franzosen uns als «boche» (Holzköpfe) oder in guter alter Nazi-Tradition als «Fritz» bezeichnen ... die Liste liesse sich beliebig lange fortsetzen. Aber wahrscheinlich wäre es Frau Peter lieber gewesen, es wären wieder genauso viele Frauen ausgeraubt und sexuell belästigt worden wie im letzten Jahr, denn offensichtlich haben wir «DEUSCHLA» (Deutschen Schlampen) ja nichts anderes verdient ... wobei ich jetzt nicht ALLE deutschen Schlampen unter Generalverdacht stellen möchte, hüstel. Wo bleibt eigentlich die von solchen Weibern so viel zitierte weibliche Solidarität? Aber I derf mi ned aufregen, das macht Falten und davon hab ich bereits genug!

«Jemandem Drogenkonsum und weit Schlimmeres zu unterstellen ist harter Tobak», kommentiert «Business Insider» – «gerade auch für jemanden, der in seiner Karriere von öffentlich-rechtlichen Gebührengeldern profitierte. Dumm auch, dass gar nicht wie von Gruber behauptet, die Grüne Peter, sondern der SPD-Mann und frühere Piratenpolitiker Christopher Lauer den Begriff «Nafri» als «entmenslichend» bezeichnet hatte. Peter hatte dieses Wort nie benutzt, hatte «Nafri» jedoch als «völlig inakzeptabel» bezeichnet.»

Grubers Post wurde über 7000 mal kommentiert, über 16000 Facebooknutzer fanden den Kommentar von Anneliese Klein treffend: «Deutschland ist, wenn die Polizei wegen 12 Gramm Gras mit «Gefahr in Verzug» deine Wohnung stürmt, aber wegen 12 getöteten Menschen erst mal ein Durchsuchungsbefehl ausgestellt werden muss. Deutschland ist, wenn dieser Durchsuchungsbefehl aufgrund von Schreibfehlern dann ungültig ist. Deutschland ist, wenn Du fünf Identitäten besitzen kannst, aber Dein Fahndungsfoto mit einem schwarzen Balken versehen ist.

Deutschland ist, wenn Du wegen Nichtzahlung von GEZ-Gebühren in den Knast gehst, aber als vorbestrafter Sexualstraftäter auf freiem Fuss bist. Deutschland ist, wenn Du als Hartz IV-Empfänger alles offenlegen musst,

aber als Asylforderer noch nicht mal einen Pass brauchst, um Dich zu identifizieren. Deutschland ist mit solchen Politikern in der Verantwortung ... einfach nur am Ende ...» (mcd)

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/bissiger-humor-gegen-gruenen-chefin-peter-kabarettistin-beisst-in-der-nafri-debatte-nochmal-kraeftig-zu/>

## Ein Rat für 2017: Den «Experten» misstrauen!

2. Januar 2017 dieter



Ernst Wolff (antikrieg)

Wohl kaum jemand sieht der Zukunft zu Jahresbeginn 2017 mit ungetrübtem Optimismus entgegen. Zurecht, denn die Zeichen der Zeit stehen auf Sturm. Doch gerade schwierige Grosswetterlagen erfordern einen klaren Kopf und präzise Orientierung.

Beides aber ist schwer zu erlangen, wenn man ständig dem Trommelfeuer der etablierten Mainstream-Medien ausgesetzt ist. Dort werden Halbwahrheiten mit Unwahrheiten gemischt, tatsächliche Sachverhalte verdreht, Ängste geschürt und Vorurteile bedient.

Wer auf diese Weise unter einer Flut von Informationen erstickt, wendet sich deshalb gern «Experten» zu, die ihm im Labyrinth unserer Gesellschaft den Weg weisen sollen. Eine ganze Heerschar solcher Politik- und Wirtschafts-«Experten» war in den vergangenen Wochen aktiv, um uns allen die Weltlage zum Jahreswechsel und die Aussichten für 2017 zu erklären.

Das Problem: Die vermeintlich fundierten Analysen dieser «Experten» lenken genauso wie die übliche Berichtserstattung von den wahren Schuldigen an den derzeitigen Problemen – Spekulanten, Bankern und den ihnen hörigen Politikern – ab, erzeugen Panik, wo diese vollkommen unangebracht ist, und verharmlosen, wo dringende Aufmerksamkeit geboten wäre.

Hier ein Beispiel dafür, wie wir alle durch derartige Analysen fehlinformiert werden und Gefahr laufen, wirkliche Bedrohungen nicht wahrzunehmen oder zu unterschätzen:

### Der Fall Monte dei Paschi

Es gibt kaum einen Wirtschafts- oder Finanz-«Experten», der sich in den vergangenen Wochen nicht mit der Frage beschäftigt hat, ob die älteste italienische Bank Monte dei Paschi di Siena denn nun gerettet werde, ob ihre Rettung durch den italienischen Staat oder die EU erfolgen und ob die EZB grünes Licht dafür geben werde. Dabei wurde immer wieder betont, wie gefährlich ein «Fallenlassen» des Institutes durch die Verantwortlichen wäre.

Jede der gestellten Fragen hätte von vornherein uneingeschränkt mit «ja» beantwortet werden können. Die Monte dei Paschi kann nämlich unter keinen Umständen fallengelassen werden, weil sie sonst den allseits bekannten Domino-Effekt auslösen und das gesamte globale Finanzsystem gefährden würde. Die italienische Regierung kann also gar nicht anders als ihren Teil dazu beizutragen, und EU und EZB können ebenfalls nicht anders als einer Rettung zuzustimmen.

Ebenso wie die politischen Scheingefechte zwischen Rom, Brüssel und Berlin haben sämtliche «Experten»-Analysen um die Monte dei Paschi die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Fragen gerichtet, die im Grunde gar keine waren. Damit aber haben sie von einem Problem abgelenkt, das im Hintergrund lauert, immer grössere Ausmasse annimmt und für uns alle zu einer ständig zunehmenden Gefahr wird: Die Reaktion der Finanzindustrie auf den unvermeidlichen Zerfall der EU.

### Bail-out statt Bail-in

Nach der Krise von 2008, in der die Banken durch ein Bail-out (also mit Hilfe von Steuergeldern) gerettet wurden, hat die EU die Bail-in-Regelung eingeführt. Sie gilt seit dem 1. Januar 2016 in allen EU-Ländern und besagt,

dass im Fall des drohenden Zusammenbruchs einer Bank zunächst Anleger, Aktionäre und Sparer zur Kasse gebeten werden müssen und dass erst danach der Steuerzahler belastet werden darf.

Diese Regelung ist bereits 2013 auf Zypern und Ende 2015 bei vier italienischen Banken in der Toskana angewandt worden. Im letzten Fall hat sie, da sehr viele Mittelständler als Anleger betroffen waren, eine Welle des Protestes ausgelöst. Da bei der Monte dei Paschi mehr als 150 000 private Anleger betroffen wären, hat sich die italienische Regierung aus Angst vor Protesten und deren politischen Folgen strikt geweigert, das Bail-in anzuwenden.

Zwar hat die EZB (vor allem auf deutschen Druck hin) versucht, die Regierung in Rom umzustimmen – jedoch ohne Erfolg. Das hat dazu geführt, dass Italien nun mit dem Einverständnis der EU und der EZB soeben eingeführtes geltendes Recht ausser Kraft setzt, um die Monte dei Paschi mittels eines Bail-outs über Wasser zu halten.

Diese – vorübergehend wirksame – Rettungsmassnahme wird von den «Experten» derzeit als «Sieg der Vernunft» gefeiert und dem breiten Publikum als «Lösung der italienischen Probleme» präsentiert. Das aber ist nicht nur falsch, sondern hindert diejenigen, die es für bare Münze nehmen, daran, Vorkehrungen für eine kommende Krise zu ergreifen, deren Ausmass gar nicht abzuschätzen ist.

### **Die tatsächliche Alternative heisst: Bankenrettung oder Volksaufstand**

Tatsächlich weigert sich die vor unseren Augen zerfallende EU, die von ihr selbst geforderte Regelung des Bail-in im Fall der Monte dei Paschi zu erzwingen, weil sie fürchtet, dass die Enteignung von Anteilseignern, Aktionären und Sparern im Extremfall einen Volksaufstand auslösen, zumindest aber zu einem für das Bankensystem höchst gefährlichen Banken-Run führen könnte.

Damit aber nimmt die Eurokrise eine völlig neue Qualität an. Noch im vergangenen Jahr hat die EU nämlich alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine weitere Bankenrettung mit Steuergeldern, also ein Bail-out, zu verhindern. Zu diesem Zweck hat sie 2015 sechs Mitgliedsländer verklagt und gezwungen, die Bail-in-Regelung umgehend zu geltendem Recht zu erklären. Dass sie dieses nun bei der Monte dei Paschi nicht juristisch erzwingt, zeigt, dass die EU derzeit keinen anderen Ausweg mehr sieht, als vor möglichen Protesten zurückzuweichen und auf ein Bail-out zurückzugreifen.

Das aber wird für die arbeitenden Menschen in Italien und ganz Europa drastische Folgen haben. Die Regierung in Rom wird mit allen Mitteln versuchen, die für die Bankenrettung ausgegebenen Gelder an anderer Stelle einzusparen, d.h. sie wird Kürzungen im Sozialbereich vornehmen, Steuern erhöhen, den Niedriglohnsektor ausweiten, das Arbeitsrecht weiter aufweichen und möglicherweise den Mindestlohn senken.

All diese Massnahmen werden die ohnehin tiefe soziale Krise im Land weiter verschärfen. Gleichzeitig wird sich die Lage im Bankensektor durch die Rettung der Monte dei Paschi keinesfalls grundlegend verbessern. Die Probleme sind nur aufgeschoben und werden in absehbarer Zeit in noch schärferer Form erneut auftreten. Das bedeutet: Beim Eintritt der nächsten Krise wird das Potenzial für eine soziale Explosion noch grösser sein als zur Zeit.

### **Der Weg führt letztendlich in den Finanz-Faschismus**

Für den Rest Europas hat die Rettung der Monte dei Paschi ebenfalls erhebliche Auswirkungen: Die erneute Belastung von Steuerzahlern wird politisch zu weiteren Verwerfungen und zu einer weiteren Zersetzung der EU führen, da die Mehrheit der EU-Bürger derartige Zahlungen – wie die Abstimmung zum Brexit eindrucksvoll gezeigt hat – ablehnt.

Zum anderen wird durch die Rettung der Monte dei Paschi ein Präzedenzfall geschaffen, der es so gut wie unmöglich machen wird, irgendwo in Europa noch einmal die Bail-in-Regelung anzuwenden. Das heisst: Es wird bei zukünftigen Bankenproblemen weitere Bail-outs geben – mit der Folge, dass weiteres Geld gedruckt, der Euro noch stärker entwertet und die Blasen an den Anleihen-, Aktien- und Immobilienmärkten noch weiter aufgebläht werden.

Da auch die Finanzindustrie weiss, dass am Ende dieses Weges nur noch die Alternative Crash oder Hyperinflation steht, wird sie die Politik und die EZB irgendwann ultimativ dazu auffordern, das Ruder herumzureissen und zu diesem Zweck auf das Bail-in zurückzugreifen. Das aber wird dann nur unter Anwendung von Gewalt gegen die Bürger möglich sein – der Grund, warum Polizei und Militär derzeit überall (unter dem Vorwand der Terrorismus-Bekämpfung) aufgerüstet werden.

Sollte aber auch der Einsatz von Polizei und Militär nicht ausreichen, bleibt der Finanzindustrie nur noch eine Möglichkeit: Dann wird sie auf die Abschaffung des letzten Rests an verbleibender Demokratie setzen und die Karte des Faschismus ziehen. (Die Unterstützung Donald Trumps in den US-Wahlen durch die Wall Street ist ein erster Schritt in diese Richtung und nimmt die Entwicklung in Europa vorweg.)

Die vermeintlichen «Experten» erzählen uns von alledem – nichts. Statt uns zu warnen, verschleiern und vernebeln sie eine höchst gefährliche Entwicklung, die sich mit unerbittlicher Konsequenz vor unseren Augen entfaltet, und lenken unsere Aufmerksamkeit auf unbedeutende Nebenschauplätze.

Das aber bedeutet: «Experten» zu vertrauen, heisst, nicht in der Lage zu sein, die tatsächlichen tiefgreifenden Triebkräfte der Veränderung in unserer Gesellschaft zu erkennen und unvorbereitet in eine Zukunft zu gehen, die von verschärfter Austerität, zunehmender Geldentwertung, einer Aufrüstung des staatlichen Gewaltapparates und einer weiteren Einschränkung demokratischer Rechte geprägt sein wird. Ganz zu schweigen von den daraus resultierenden immer heftigeren internationalen Verteilungskämpfen und einer damit einhergehenden kontinuierlich zunehmenden Kriegsgefahr.

Quelle: <http://krisenfrei.de/ein-rat-fuer-2017-den-experten-misstrauen/>

## **Merkels flache Neujahrsrede, der übliche Manipulationsversuch und bar jeder Selbstkritik**

6. Januar 2017 um 16:13 Uhr | Verantwortlich: Albrecht Müller

Veröffentlicht in: Bundesregierung, Europäische Union, Kampagnen / Tarnworte / Neusprech,  
Militäreinsätze/Kriege, Terrorismus, Wertedebatte

Wie gerne hätte ich mit einem Lob für unsere Bundeskanzlerin das Jahr begonnen. Sie hat mir aber mit ihrer Neujahrsrede jede Möglichkeit dafür unter den Füßen weggezogen. Lesen Sie die Rede unten in der Anlage nach. Die ersten acht Zeilen reichen schon: Es sind «Prüfungen» über uns gekommen. «Die schwerste Prüfung» sei «ohne Zweifel der islamistische Terrorismus.» Er habe «uns Deutsche schon seit vielen Jahren im Visier.» Er, der islamistische Terrorismus ist nach den Vorstellungen von Frau Merkel einfach so über uns gekommen. Ohne unser eigenes Zutun! Ohne die Kriege und die Regime-Change-Versuche des Westens! Einfach so! Wie man ein Volk an Silvester so für dumm verkaufen kann, das ist schon grosse Klasse. Es funktioniert offenbar immer noch und immer wieder. **Albrecht Müller.**

An Silvester war ich Zeuge eines Gesprächs unter Freunden. Es kreiste um die Frage, wie wir uns vor dem Terror schützen, ob die Gesetze reichen, ob wir mehr Polizei brauchen. Was falsch gemacht wird auf dem Feld der inneren Sicherheit usw. – So weit haben es Merkel und ihre Helfer in den Medien schon gebracht. Wir folgen ihrer Methode, die Debatte auf Symptome zu verengen. Wir diskutieren, wie wir mit Terroranschlägen fertig werden. Und nicht mehr, wie wir die Spirale von Gewalt und Gegengewalt unterbrechen könnten. Voraussetzung für eine solche Debatte wäre, dass wir endlich begreifen, inwieweit wir im Westen selbst mitverantwortlich sind für das, was in Berlin, in Ansbach, in Würzburg und sonst wo geschieht. Aber diese Zusammenhänge begreifen wir wohl schwer. Schon am 25. Juli 2016 hatte ich auf den NachDenkSeiten gefragt, ob die Deutschen mal begreifen, dass sie die Gewalttaten auch ihrer Bundeskanzlerin und den Kriegen ihrer Freunde in den USA etc. zu verdanken haben? Bis ins Kanzleramt drang diese Frage nicht vor.

### **Verlogen bis zum geht nicht mehr ...**

Merkel spricht von der «festen Entschlossenheit, der Welt des Hasses der Terroristen unsere Mitmenschlichkeit» ... entgegenzusetzen. – Unsere Mitmenschlichkeit? Mit den von Deutschland und Europa beschlossenen Sanktionen gegen Syrien hungern wir seit Jahren das dortige Volk aus. Der Westen hat von Anfang an islamistische Gruppen unterstützt. Wir haben Krieg in Afghanistan geführt. Von deutschem Boden aus gesteuerte Drohnen treffen und zerstören Menschen, auch solche, die nicht mit uns im Krieg sind. Wir, der Westen, haben in Libyen und im Irak ein unmenschliches Chaos hinterlassen. Und wir Deutschen waren mehr daran beteiligt, als öffentlich bekannt ist. Mit Waffenlieferungen sowieso.

Unsere «Werte» seien der Gegenentwurf zur hasserfüllten Welt des Terrorismus. Unsere Werte? Der Westen hat sich eingemischt, weil er am Öl des Nahen Ostens und des mittleren Ostens interessiert ist und weil die Hintermänner der politischen Entscheidungen bei uns ihre Waffen verkaufen wollen.

### **Verengung als Methode der Manipulation**

Das Wort Hass kommt auf der ersten Seite der Neujahrsrede gleich dreimal vor. Das ist ein Begriff aus dem zwischenmenschlichen Bereich. Er wird hier auf Kollektive übertragen: Die Islamisten hassen uns, den Westen, die Lebensweise des Westens usw. Damit wird die skizzierte Einengung betrieben, die es einem erlaubt, die wirklichen Ursachen der Terroranschläge und der Konflikte nicht anzusprechen zu müssen.



Auch die Debatte, die innerhalb der Union, also zwischen CSU und CDU über Obergrenzen bei Flüchtlingen und über Abschiebung und Verschiebung der Polizeigewalt auf Bundesebene geführt wird, dient der Verengung. Alles wird sauber getrennt: Im Kloster Seon formuliert die CSU ihre Forderungen zur Flüchtlingspolitik, und am Monatsende geht es dann bei der Sicherheitskonferenz in München zur Sache, wahrscheinlich mit Redensarten zu einer weiteren Verschärfung der internationalen Konflikte.

### «Offen» und «Offenheit» könnte das neue Unwort des Jahres werden

Originalzitat Merkel: «Indem wir unserem Leben und unserer Arbeit nachgehen, sagen wir den Terroristen: Sie sind Mörder voller Hass, aber wie wir leben und leben wollen, das bestimmen nicht Sie. Wir sind frei, mitmenschlich, offen.»

Darin steckt eine bemerkenswerte Klitterei. Es fängt damit an, dass die politisch Verantwortlichen unsere Freiheit durch allerlei Gesetze zur inneren Sicherheit und zur Überwachung mehr und mehr beschränken. Es geht weiter mit der Ignoranz gegenüber den vielen Menschen, denen es nicht gut geht und die es auch in unserem Land gibt. Merkel und ihre Koalition und die ihnen folgenden Medien überfluten die vielen Sorgen vieler Menschen, deren Sorgen um den Arbeitsplatz und um die soziale Sicherheit mit massivem Gerede darüber, dass es uns allen gut gehe. Die Propaganda über den besten Arbeitsmarkt aller Zeiten zum Jahresanfang sei ein einschlägiges Beispiel dafür. Mit dieser Propaganda wird ein beachtlich breites Segment unserer Gesellschaft aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Denn ihre wirtschaftliche Lage, ihre Lebenslage, spielt offenbar keine Rolle bei der Bewertung der Lage unseres Landes.

Damit wir nicht allzu viel über soziale Gerechtigkeit nachdenken und sprechen müssen, haben die Meinungsmacher in Politik und Medien einen Ersatzbegriff und Ersatzwert für Gerechtigkeit erfunden: Offenheit. Wir sind eine offene Gesellschaft! Wir sind offen für andere Menschen. Vor kurzem habe ich mal an einem Abend über mehrere Stunden Deutschlandfunk gehört. Da kamen dieser Begriff und die Feier dieses Begriffes permanent und penetrant vor. Man merkte so richtig, dass Journalistinnen und Journalisten froh sind, sich nicht über Humanität und Gerechtigkeit den Kopf zerbrechen zu müssen. Unser Wert ist jetzt die Offenheit. Achten Sie mal drauf.

### Zu den Prüfungen, die über uns gekommen sind, gehört laut Merkel auch die Krise der Europäischen Union. Aber ihre eigene Rolle bei der Verursachung dieser Krise sieht sie nicht.

Das sei eine Errungenschaft, die jetzt in Frage gestellt sei. Dass die deutsche Bundesregierung an der Krise in Europa einen grossen Teil Schuld trägt, dass die von Angela Merkel auch in ihrer Neujahrsansprache indirekt gefeierte besondere Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ein zu erwartendes Problem für die Volkswirtschaften unserer Nachbarn geworden ist, sieht diese Bundeskanzlerin nicht oder sie will es nicht zugeben. Jedenfalls redet sie einfach darüber hinweg.

Die Krise der Europäischen Union ist von der deutschen Bundesregierung wesentlich mitverursacht worden. Man hätte erwarten können, dass sie in ihrer Neujahrsansprache damit selbstkritisch umgeht und dann auch Wege weist, wie wir in Europa solidarisch mit den Problemen anderer Völker umgehen und endlich wieder zu einer gleichschrittigen Entwicklung kommen.

Wenn die deutsche Bundeskanzlerin die von ihr wie eine Monstranz vor sich her getragenen Werte ernst nähme, dann müsste sie sich darum kümmern, dass die Menschen in Griechenland und in Kroatien, in Spanien und in Italien und in Frankreich wieder auf die Beine kommen. Wenn die Hälfte der Jugendlichen in einem europäischen Land arbeitslos ist, dann kann man auch in Deutschland nicht so tun, als sei die Welt in Ordnung. Aber das ist wohl viel zu viel an Einsicht und an Solidarität verlangt. Wenn das aber so ist, dann sollte man nicht darüber hinweg schwadronieren, dass die Folgen dieses Auseinanderentwickelns und Auseinanderklaffens auch uns bei nächster Gelegenheit einholen werden.

Insgesamt ist die Neujahrsrede der deutschen Bundeskanzlerin ein flaches Werk, ein Armutszeugnis. Gönnen Sie sich trotzdem 5 Minuten zur Lektüre des Textes:

#### Anlage:

### Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 31.12.2016:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

2016 war ein Jahr schwerer Prüfungen. Darüber möchte ich heute Abend zu Ihnen sprechen – aber auch darüber, warum ich trotz allem für Deutschland zuversichtlich bin und warum ich so sehr von den Stärken unseres Landes und seiner Menschen überzeugt bin.

Die schwerste Prüfung ist ohne Zweifel der islamistische Terrorismus, der auch uns Deutsche seit vielen Jahren im Visier hat.

2016 griff er uns mitten in unserem Land an: In Würzburg, in Ansbach und vor wenigen Tagen erst am Weihnachtsmarkt hier an der Gedächtniskirche in Berlin.

Und – ja – es ist besonders bitter und widerwärtig, wenn Terroranschläge von Menschen begangen werden, die in unserem Land angeblich Schutz suchen. Die genau deshalb die Hilfsbereitschaft unseres Landes erlebt haben und diese nun mit ihren Taten verhöhnen. Wie sie auch diejenigen verhöhnen, die tatsächlich unseren Schutz brauchen und verdienen.

Was also ist dann mit der Zuversicht, von der ich zu Beginn sprach? Zuversicht inmitten der tiefen Trauer um die Toten und Verletzten?

Ich meine, wir konnten sie hier in Berlin und in vielen anderen deutschen Städten gerade in diesen schweren Tagen spüren: In dem Trost, den wir spenden oder bekommen können.

Und in einer festen Entschlossenheit, der Welt des Hasses der Terroristen unsere Mitmenschlichkeit und unseren Zusammenhalt entgegenzusetzen.

Indem wir unserem Leben und unserer Arbeit nachgehen, sagen wir den Terroristen: Sie sind Mörder voller Hass, aber wie wir leben und leben wollen, das bestimmen nicht Sie. Wir sind frei, mitmenschlich, offen.

Auch indem wir zum Beispiel mit den Bildern des zerbombten Aleppo in Syrien vor Augen noch einmal sagen dürfen, wie wichtig und richtig es war, dass unser Land auch im zurückliegenden Jahr denjenigen, die tatsächlich unseren Schutz brauchen, geholfen hat, hier bei uns Tritt zu fassen und sich zu integrieren.

Das alles – es spiegelt sich wider in unserer Demokratie, in unserem Rechtsstaat, in unseren Werten.

Sie sind der Gegenentwurf zur hasserfüllten Welt des Terrorismus, und sie werden stärker sein als der Terrorismus. Wir gemeinsam sind stärker. Unser Staat ist stärker.

Unser Staat tut alles, um seinen Bürgern Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten.

Diese Arbeit ist nie beendet, und gerade in diesem Jahr haben wir den Sicherheitsbehörden viel neue Unterstützung gegeben. 2017 werden wir als Bundesregierung dort, wo politische oder gesetzliche Veränderungen nötig sind, schnellstens die notwendigen Massnahmen in die Wege leiten und umsetzen.

Viele verbinden mit diesem Jahr 2016 auch das Gefühl, die Welt insgesamt sei aus den Fugen geraten oder das, was lange Zeit als Errungenschaft galt, sei jetzt in Frage gestellt. Die Europäische Union zum Beispiel. Oder gleich die parlamentarische Demokratie, die sich angeblich nicht um die Interessen der Bürger kümmere, sondern nur dem Nutzen einiger weniger diene. Was für Zerrbilder.

Ja, Europa ist langsam. Es ist mühsam. Es hat tiefe Einschnitte wie den Austritt eines Mitgliedsstaats hinzunehmen.

Und – ja – Europa sollte sich auf das konzentrieren, was es wirklich besser kann als der nationale Staat.

Aber nein – wir Deutschen sollten uns niemals vorgaukeln lassen, eine glückliche Zukunft könnte je im nationalen Alleingang liegen.

Wo Europa – wie im globalen Wettbewerb, beim Schutz unserer Aussengrenzen oder bei der Migration – als Ganzes herausgefordert wird, muss es auch als Ganzes die Antwort finden – egal wie mühsam und zäh das ist. Und wir Deutschen haben jedes Interesse daran, eine führende Rolle dabei zu spielen.

Ein Zerrbild ist es auch, das manche von unserer parlamentarischen Demokratie zeichnen. Doch sie ist stark. Sie ermöglicht Mitwirkung und Mitsprache. Sie akzeptiert, nein, sie fordert Widerspruch und Kritik. Kritik, die friedlich und im Respekt vor dem einzelnen Menschen daherkommt, die Lösungen und Kompromisse sucht und nicht ganze Gruppen ausgrenzt.

2017 ist auch das Jahr der nächsten Bundestagswahl. Ich werde mich für eine politische Auseinandersetzung einsetzen, bei der wir über vieles leidenschaftlich streiten werden, aber stets wie Demokraten, die nie vergessen, dass es eine Ehre ist, unserer Demokratie und damit den Menschen zu dienen.

Zu dem, was mir Mut für unser Deutschland macht, gehört auch unsere soziale Marktwirtschaft. Sie lässt uns Krisen und Veränderungsprozesse besser meistern als jedes andere Wirtschaftssystem auf der Welt. Noch nie hatten so viele Menschen Arbeit wie heute. Unsere Unternehmen stehen überwiegend gut da. Unser wirtschaftlicher Erfolg gibt uns die Möglichkeiten, unser Sozialsystem zu stärken und all denen zu helfen, die Hilfe brauchen. Ab morgen treten zum Beispiel wichtige Verbesserungen in der Pflege in Kraft.

Mut machen mir auch der Enthusiasmus und Erfindungsgeist, mit dem in deutschen Unternehmen und an unseren Hochschulen für die Zukunft geforscht und entwickelt wird. Ob neue Energien oder die Digitalisierung – wir haben auf allen Gebieten die Chance, nicht Getriebene zu sein, sondern zu denen zu gehören, die die neuen Wege entdecken und bestimmen.

Dafür braucht es einen offenen Blick auf die Welt und Selbstvertrauen – in uns und unser Land.

Zusammenhalt, Offenheit, unsere Demokratie und eine starke Wirtschaft, die dem Wohl aller dient: Das ist es, was mich für unsere Zukunft hier in Deutschland auch am Ende eines schweren Jahres zuversichtlich sein lässt.

Keiner dieser Werte ist uns einfach so gegeben. Für jeden werden wir auch 2017 arbeiten müssen, alle gemeinsam, jeder nach seinen Möglichkeiten – und diese Arbeit wird sich lohnen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien von Herzen ein frohes neues Jahr, Glück, Gesundheit und Gottes Segen.  
Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=36524>

## 2017 zum Jahr der Meinungsfreiheit machen

7. Januar 2017 dieter



*BRDigung*

von Karl Müller (*zeit-fragen*)

Macht und Herrschaft werden seit jeher gerechtfertigt. In Europa war es jahrhundertlang die Berufung auf Gottes Willen und Gottesgnadentum, die Macht und Herrschaft von Adel, Königen und Kaisern zu legitimieren versuchte. Die europäische Aufklärung hat dies zu verändern versucht, war aber nur bedingt erfolgreich, denn Alleinherrscher seit dem späten 18. Jahrhundert haben die Vokabeln der Aufklärung benutzt und ganz in ihrem Sinne umgedeutet, um bei der Alleinherrschaft bleiben zu können.

Hinzu kam die Rechtfertigung durch die Geschichtsschreibung: Macht- und Herrschaftsverhältnisse wurden als «alternativlose» Ergebnisse «geschichtlicher Lehren» dargestellt, in Europa und Deutschland zum Beispiel als «Lehren aus zwei Weltkriegen und der nationalsozialistischen Diktatur». Dass dabei Geschichtsklitterung, also die Zurechtlegung der Geschichte nach handfesten Interessen, passierte und passiert und es nicht mehr oder nur bedingt um geschichtliche Wahrheit ging und geht, ist die andere Seite; denn unliebsame Tatsachen, die den eigenen Macht- und Herrschaftsanspruch in Frage stellen könnten, waren und sind nicht gefragt.

### Die Rolle der Medien

Die Rechtfertigungen für Macht- und Herrschaftsansprüche müssen an die Öffentlichkeit transportiert werden; dem dienen die Instrumente von Kulturbetrieb und Medien. Und es bedarf einer gewissen «Gesinnungsgemeinschaft» und «Gleichschaltung»; denn wenn es wirkliche Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit gibt, ist die Gefahr, dass Macht- und Herrschaftsansprüche in Frage gestellt werden, doch allzu gross.

Für ein Land wie Deutschland, das unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unter die Fremdherrschaft der Siegermächte geriet, gibt es interessante Zeugnisse hierfür, zum Beispiel eine Direktive des Alliierten Kontrollrates vom 12. Oktober 1946 über die Grenzen der Pressefreiheit. Die Presse wurde verpflichtet, keine Artikel zu veröffentlichen, die «Gerüchte verbreiten, die zum Ziel haben, die Einheit der Alliierten zu untergraben oder welche Misstrauen oder Feindschaft des deutschen Volkes gegen eine der Besatzungsmächte hervorrufen; Kritiken enthalten, welche gegen Entscheidungen der Konferenzen der Alliierten Mächte bezüglich Deutschlands oder gegen Entscheidungen des Kontrollrates gerichtet sind; die Deutschen zur Auflehnung gegen demokratische Massnahmen, die die Zonenbefehlshaber in ihren Zonen treffen, aufreizen».

Von besonderem Interesse ist die Formulierung des letzten Punktes, die wegweisend für die offizielle Sprachregelung der kommenden Jahrzehnte wurde. Da ist von «demokratischen Massnahmen» der Zonenbefehlshaber die Rede, obwohl diese Befehlshaber von keinem Deutschen gewählt waren und es auch keine Volksentscheide über diese Massnahmen gegeben hat.

### Ernsthafte Anliegen nach dem Zweiten Weltkrieg

Aber die deutsche Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg hatte verschiedene Seiten. Es gab auch Persönlichkeiten mit Einfluss, die ernsthaft der Meinung waren, dass die Zeit der Alleinherrschaft und Machtballung vorbei sein sollte und statt dessen die Rechte der Bürger und Menschen im Zentrum der politischen Ordnung stehen sollten – aber nicht mehr nur zum Schein und zur Rechtfertigung von Macht und Herrschaft, sondern

tatsächlich. Dies hing nicht zuletzt zusammen mit einer ›Naturrechtsrenaissance in Deutschland nach 1945‹ – so der etwas verkürzte Titel einer Abhandlung von Arndt Künneke in der Fachzeitschrift ›Annales‹ aus dem Jahr 2013. Die Ideen dieser Persönlichkeiten haben sich in zahlreichen Formulierungen des westdeutschen Grundgesetzes von 1949 – insbesondere in den Artikeln 1 bis 20 – bemerkbar gemacht und damit Grundlagen geschaffen, auch heute noch Macht- und Herrschaftsansprüche auf der Grundlage gesetzten Rechts in Frage zu stellen.

### Das Recht auf Meinungsfreiheit ...

Zu diesen Grundrechten gehört das Recht auf Meinungsfreiheit in Artikel 5 Grundgesetz. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat in mehr als sechzigjähriger Rechtsprechung immer wieder zu diesem Grundrecht geurteilt und dessen Gehalt definiert, wegweisend 1958 im sogenannten Lüth-Urteil. Dort heisst es: «Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt [...]. Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige (Anm. bewusstseinsmässige/gedankliche) Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist [...]. Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt [...].»

Wenn man diese Formulierung betrachtet, dann wird deutlich, dass zur Meinungsfreiheit die Meinungsvielfalt gehört und dass erst diese Vielfalt überhaupt ermöglicht, was das Gericht als ›ständige geistige (Anm. bewusstseinsmässige/gedankliche) Auseinandersetzung‹ bezeichnet. ›Wahrheit‹ im konkreten politischen Leben kann weder deduziert noch dekretiert werden. Erst auf der Grundlage eines breiten, gleichberechtigten, offenen und ehrlichen Austausches und Dialogs verschiedener Meinungen im Rahmen eines Konsenses in grundlegenden ethischen Fragen kann so etwas wie politische ›Wahrheit‹ resultieren.

### ... passt nicht zur ›Alternativlosigkeit‹

Gar nicht passt diese Formulierung hingegen zu einer Politik der ›Alternativlosigkeit‹, wie sie Deutschland spätestens seit der Kanzlerschaft von Angela Merkel erduldet ... und dass der Widerstand hiergegen im Land und ausserhalb des Landes in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat, ist nur folgerichtig. Er ist ein Zeichen dafür, dass die Rechte der Bürger und Menschen noch nicht in Vergessenheit geraten sind. Dass viele Bürger dabei nicht mehr auf die Medien setzen, die immer mehr zum Transportinstrument der Macht- und Herrschaftsrechtfertigung geworden sind, ist nachvollziehbar und auch gut so. Andere Medien haben demgegenüber an Bedeutung gewonnen.

Es gibt Kritik an der heutigen Medienlandschaft, und viele der Kritikpunkte sind nachvollziehbar. Auch das, was die Medien tun, ist Gegenstand der Meinungsfreiheit und der Meinungsvielfalt – und auch das ist gut so. Es gibt Medien, die das Grundrecht der Meinungsfreiheit missbrauchen. Aber die Grenzen der Meinungsfreiheit wurden gesetzt: Diese liegen laut Artikel 5 Grundgesetz in den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und im Recht der persönlichen Ehre. Aber selbst hier hat das Bundesverfassungsgericht einen sehr weiten Rahmen gesteckt. Hinzu kommt die Pflicht, bei der Meinungsfreiheit die allgemeinen Gesetze zu achten, wobei das Bundesverfassungsgericht im schon erwähnten Entscheid aus dem Jahr 1958 dargelegt hat, dass und warum mögliche Beschränkungen der Meinungsfreiheit durch allgemeine Gesetze immer im Lichte der hohen Bedeutung der Meinungsfreiheit zu beurteilen sind.

### Nun greift der deutsche Staat die Meinungsfreiheit an

Wer all dies beachtet, muss im höchsten Mass alarmiert sein, dass nun der deutsche Staat selbst die Meinungsfreiheit einschränken will und dessen Vertreter dazu schon ganz konkret von Gesetzesvorhaben sprechen. «Ein geplantes Gesetz soll das Verbreiten von Falschmeldungen verbieten. Doch das Gesetz dient eher dem Aufrechterhalten von Machtstrukturen», schreibt die Internetseite der deutschen ›Wochenzeitung‹, am Freitag, 26. Dezember 2016. Und die deutsche Wochenzeitung ›Junge Freiheit‹ schreibt am 27. Dezember 2016: «Die Vorstellung, die Öffentlichkeit vor ›Destabilisierung‹ durch ›fake news‹ schützen zu müssen, ist anmassend, obrigkeitstaatlich, autoritär. Bürger können Unsinn und Aberwitz auch ohne Gouvernante erkennen, freie Meinungsbildung und demokratischer Diskurs sind dadurch nicht in Gefahr. Wo Persönlichkeiten verletzt werden, reichen die bestehenden Gesetze aus.» Viele Stimmen gehen in eine ähnliche Richtung – und auch das ist gut so. Selbst der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes erklärte am 23. Dezember 2016 in einer Pressemitteilung, es sei zwar «unbestritten, dass der öffentliche Diskurs nicht dauerhaft durch ›fake news‹ Schaden nehmen darf. Aber es darf doch nicht eine Behörde darüber entscheiden, was wahr ist und was nicht». Es riecht doch zu stark nach einem ›Wahrheitsministerium‹.

Die Erklärung für die staatlichen Versuche, die Meinungsfreiheit einzuschränken, ist nicht schwierig. Die derzeitigen höchsten Repräsentanten des Staates, also unsere Politiker, sind in Aufregung, dass ihre Rechtfertigungsversuche für ihren Macht- und Herrschaftsanspruch nicht mehr funktionieren.

### Die Lizenz zu lügen?

Dazu passend sagte der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann am 26. Dezember 2016 im Deutschlandfunk: «In der Politik gab es immer schon Phänomene der Demagogie, der Propaganda, der Versprechungen, der Wahlversprechen, die dann natürlich nicht eingehalten werden konnten, weil Politik natürlich auch sehr viel mit Strategie, mit Machterhalt, mit Taktik zu tun hat. Schon bei Machiavelli können Sie nachlesen, dass, wenn es um den Machterhalt geht, natürlich der Fürst, der Herrscher, die Lizenz hat zu lügen. Selbstverständlich! Das heisst, das ist ein uraltes Phänomen.»

Dass unter solchen Umständen ein deutsches «Abwehrzentrum gegen Desinformation» gebildet werden soll, wäre zu begrüssen. Nur, es sind die Böcke selbst, die zum Gärtner gemacht werden wollen: Der Bundesinnenminister will dieses «Zentrum» als «Bündelungseinheit» beim Bundespresseamt im Kanzleramt einrichten. Und in einem Vermerk für den Minister soll es laut Spiegel online vom 23. Dezember 2016 heissen: «Mit Blick auf die Bundestagswahl sollte sehr schnell gehandelt werden.» Da bleibt keine Frage offen!

### Achtung: Nicht provozieren lassen!

Schon 1783, also 6 Jahre vor der Französischen Revolution, beantwortete Immanuel Kant die Frage «Was ist Aufklärung?», mit einem Votum gegen die Gewalt. Hier ist zu lesen: «Durch eine Revolution wird vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotismus und gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals wahre Reform der Denkungsart zustande kommen; sondern neue Vorurteile werden, eben sowohl als die alten, zum Leitbande des gedankenlosen Haufens dienen. Zu dieser Aufklärung aber wird nichts gefordert als Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heissen mag, nämlich die: Von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.»

Wir müssen damit rechnen, dass im Jahr 2017 Polarisierungen durch Provokationen gezielt zunehmen werden. Direkte Konfrontation mit der Staatsmacht ist keine Lösung. Klug und weitsichtig ist es hingegen, vernünftig für die Meinungsfreiheit zu werben. Die Argumente dafür sind gut. Und der heutige deutsche Bürger möchte dahinter auch nicht mehr zurück. Auch hier gilt: Dem Mitbürger ehrlich begegnen und sich gleichwertig zusammmentun, entschlossen und klar in der Sache ... und menschlich im Umgang.

«Mit Blick auf die Bundestagswahl sollte sehr schnell gehandelt werden.»

Und was soll das jetzt heissen? Wahl? Was für eine Wahl? Auf eine Wahl zwischen Pest und Cholera kann ich gerne verzichten. Durch die Flut von täglichen «Nachrichten» (Fake-News) geraten wesentliche Aussagen schnell in Vergessenheit. So z.B. dieses Zitat von Frau Merkel: «Man kann sich nicht darauf verlassen, dass das, was vor den Wahlen gesagt wird, auch wirklich nach den Wahlen gilt, und wir müssen damit rechnen, dass sich das in verschiedenen Weisen wiederholen kann.»

Ich stimme mit Prof. Hans Herbert v. Arnim völlig überein, der sagte: «Das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, dass sie keine ist.»

Dazu Volker Pispers: «Demokratie heisst eben nicht die Macht in die Hände des Volkes zu legen. Demokratie heisst dem Volk das Gefühl zu geben, es habe eine Wahl.»

Ausserdem ist das Bundeswahlgesetz ungültig – und wer will schon gegen Gesetze verstossen!

Stellt Euch vor es sind Wahlen und keiner geht hin. Gibt es eine friedlichere Revolution gegen dieses korrupte und verlogene System? Zu «politische Parteien braucht kein Mensch», habe ich mich schon oft genug geäussert.

Quelle: <http://krisenfrei.de/2017-zum-jahr-der-meinungsfreiheit-machen/>

## Unter dem Dach von Google: Grosse Mainstreamkoalition kämpft gegen «Fake News»

7.01.2017 • 08:24 Uhr

Die Auswahl erscheint vielfältig, der Inhalt meist ähnlich. – Gemeinsam wollen die Mainstreammedien gegen Fake News kämpfen.

Der Kampf gegen sogenannte «Fake News» wird zunehmend institutionalisiert: Der Google-Initiative First Draft Coalition treten weitere 40 grosse Medienunternehmen bei. Gemeinsam will das Mainstream-Bündnis gegen Falschmeldungen im Internet vorgehen.

Schon im Juni 2015 gründete das Google News Lab die Initiative First Draft Coalition. Ziel des Projektes ist das Überprüfen von Nachrichtenmeldungen. Auf diese Weise sollen Fakes, also Falschmeldungen, identifiziert und Quellen verifiziert – oder eben falsifiziert – werden. Unter dem Eindruck der Fake-News-Debatte erhält das Google-Projekt nun neue Aufmerksamkeit. Ganze 40 renommierte Medien haben sich der First Draft Coalition angeschlossen. Die Anzahl der Mitglieder hat sich damit verdoppelt.

Zusammengeschlossen haben sich Grössen wie Deutsche Presse-Agentur, Associated Press, Reuters, AFP und Bloomberg, ABC News, die BBC, die Washington Post, NBC und der Guardian. Aus Deutschland beteiligen sich Zeit online und die ARD. Neben Sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter gehört zudem Amnesty International dem Netzwerk an. Auch der aus Katar finanzierte Nachrichtensender Aljazeera ist der Anti-Fake-Koalition beigetreten.

Konkret sollen mit Hilfe eigens entwickelter Tools in einem virtuellen Newsroom die Ressourcen der Redaktionen und Medienkonzerne gebündelt werden. Augenzeugenberichte sowie sich viral verbreitende Fotos und Videos werden auf ihre Authentizität geprüft. Mutmassliche Fakes sollen so schnell enttarnt werden. Die Ergebnisse werden allen Mitgliedern der Organisation, aber auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Was zunächst lobenswert erscheint hat jedoch einen Haken: Gerade in politischen Fragen sind viele Themen äusserst strittig und die bisherigen Mitglieder der First Draft Coalition sind wenig bekannt dafür, selbst eine neutrale Agenda zu vertreten. Vielmehr sind in dem Bündnis nahezu alle grossen Namen des Medienmainstreams vertreten. Das Risiko ist dabei sehr hoch, dass der Fake-News-Stempel der Koalition zum Kampfmittel im Meinungsstreit wird. An die Stelle der argumentativen Auseinandersetzung über unterschiedliche Sichtweisen könnte dann die wenig ruhmreiche Markierung «Fake», vergeben durch einflussreiche Medieninsider, treten.

Hinzu gesellt sich ein weiteres Problem: Mitglieder des Anti-Fake-Bündnisses verbreiten selbst immer wieder Falschmeldungen. Zuletzt blamierte sich die Washington Post – selbsternannter Vorkämpfer gegen Fakes in den Nachrichten – mit der Meldung, russische Hacker seien in das System eines Energieversorgers in Vermont eingedrungen. Als der angeblich betroffene Energieversorger Burlington Electric bekannt gab, es habe überhaupt keinen Hackerangriff gegeben, musste die Washington Post die Story kleinlaut zurückziehen. Doch mit Sicherheit hat die First Draft Koalition nicht solche Fakes im Sinne, wenn sie Falschmeldungen den Kampf ansagt.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/international/45093-unter-dach-von-google-grosse-koalition-fake-news/>



06.01.2017(aktualisiert 12:36 06.01.2017) Willy Wimmer

Ob der Zustand der eigenen Regierung oder der EU-Spitze gemeint ist, kann dahinstehen. Wenn der geneigte Bürger sich diejenigen ansieht, die er selbst gewählt hat, wird er kaum zu einem anderen Urteil kommen. Die Herausforderungen für Deutschland und die Nachbarn in EU-Europa sind gewaltig und das schon seit Jahrzehnten.

Auf keinem Feld der globalstrategischen Probleme kann die Rede davon sein, dass von Berlin oder gar Brüssel Gestaltungskraft ausgehen würde. Unsere Vorturner werden von anderen vor sich hergetrieben oder sind treue Erfüllungsgehilfen für Vorhaben Dritter, die für uns nur Elend bedeuten. Darum sind neue Anti-Russland-Sanktionen ein Geschenk für Trump – Experte Trump ist auf der Höhe der Zeit.

Während unsere Poltergeister in der Grössenordnung eines Martin Schulz noch auf die Medien der Informationsverweigerung setzen, hat Trump die Zeichen der Zeit erkannt. Die deutschen und europäischen Medienhäuser, denen seit langem die Abonnenten und Leser in Scharen davonlaufen, tragen noch die traurigen Gestalten in den europäischen Regierungen und Institutionen. Die offenkundige Erosion beider ist zu bestaunen,

aber sie dient uns nicht. Der Souverän, den es neben den Globalkonzernen auch noch da und dort als Bürger geben sollte, kann nicht zulassen, dass mit seinem Schicksal so gespielt wird.

Dort, wo die eigenen Regierungen nur blanke Inkompetenz zeigen, macht der künftige Präsident der Vereinigten Staaten klar, wo es lang geht. Er nutzt die «neuen Medien», die dem Staatsbürger die Informationen geben, auf die er angewiesen ist. Er regiert nicht durch sie, wie es eine deutsche Bundeskanzlerin anzudrohen pflegte. Er teilt sich unmittelbar dem Bürger über twitter und youtube mit. «Happy New Year to all, including to my many enemies and those who have fought me and lost so badly they just don't know what to do. Love!» — Donald J. Trump (@realDonaldTrump).

Während unsere Regierungen selbst da, wo es um unsere staatliche und/oder demokratische Existenz geht, auf den Willen der Staatsbürger und der staatlichen Institutionen pfeifen, nimmt ein amerikanischer Präsident seine Landsleute ernst. Noch ernster nehmen ihn diejenigen, die sich seit «shareholder value» angewöhnt hatten, jeder Regierung und jedem Gesetzgeber auf der Nase herumzutanzen. Trump macht mit einem tweet Ford oder Boeing Beine. In den USA findet eine Revolution statt und der Mann ist noch nicht einmal im Amt.

In Europa werden Glatzen geküsst, während in Berlin das versammelte politische System gleichsam im «Kanzler-Bunker» sitzt und auf den Einmarsch von wem auch immer wartet, wird EU-Europa von konzeptionslosen Dampfplauderern bestimmt. Wenn man sich den politischen Zustand der besten Einrichtung in Europa seit Christi Geburt ansieht und sie beschreiben will, muss man nur auf den Kommissionspräsidenten Jean Claude Juncker und seinen bisherigen Buddy Martin Schulz verweisen. Da kann jede sachliche Begründung entfallen, das Bild reicht. Da tröstet keinesfalls die Gewissheit, dass am Ende dieses Jahres – nach allen Wahlen in EU-Europa – Europa ganz anders aussehen könnte.

Die letzten Jahre waren in EU-Europa davon bestimmt, zu einem Aufmarschgebiet für amerikanische neocons und frischer amerikanischer Brigaden gegen unseren russischen Nachbarn zu verkommen. Dabei bringen BBC, RT und CNN die Bilder, wie in deutschen Kriegshäfen Tausende von Militärfahrzeugen für die Ostfront verladen werden. Wo sieht man das bei ARD oder ZDF? Wer berichtet uns von den gewaltigen Militärkolonnen, die über deutsche oder österreichische Autobahnen gen Osten preschen?

Die aktuelle Politik in den Nato-Staaten östlich der deutschen Staatsgrenze lässt Erinnerungen wach werden, die eher an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg als nach dem Ende des Kalten Krieges erinnern. Dabei haben wir vieles, wenn nicht alles, den tapferen Polen und Magyaren und den noch besonneneren Russen zu verdanken. Es stehen einem doch jeden Tag die Haare zu Berge, wenn man sich bei der bekannten westlichen Politik mit der Schreckensvision beschäftigt, dass im Kreml jemand anderes sitzen würde als der derzeitige russische Präsident.

Wenn wir uns fragen, von wem und von welchen abstrusen Vorstellungen unser schönes EU-Europa in den letzten Jahren bestimmt gewesen ist und weiter bestimmt sein soll, dann muss man doch nur an einen US-Senator McCain denken. Unsere Regierungen mühen sich mehr schlecht als recht, im Donbass Ruhe herzustellen, und dieser Herr hat in seinen Weihnachtsferien nichts Besseres zu tun, als die Menschen im Konfliktgebiet aufzustacheln.

In wenigen Wochen findet in München wieder die Messe für Kriege und Umsturzveranstaltungen statt, u.a. finanziert durch die saudi-proofed deutsche Verteidigungsministerin. Da treffen sich auch bestimmt der eine oder der andere, den man als «ehrenwert» bezeichnen kann. Aber was hindert die Bundesregierung eigentlich, gegen den amerikanischen Senator McCain ein überfälliges Einreiseverbot zu verhängen? Dieser Herr und die anderen Spiessgesellen seiner amerikanischen Zunft sind doch diejenigen, die als demokratisch-republikanisches Kriegsestablishment gegen den neuen amerikanischen Präsidenten Trump stehen.

Schon macht weltweit das Wort die Runde, dass in USA bald «gedallast» werden könnte. Es muss alles verhindert werden, dass die McCains bei uns oder/und den USA das Sagen haben oder bekommen. Es geht um uns, auch wenn auf CNN zerstörte deutsche Kirchen in Ostpreussen als Hinweis auf kriegerische Auseinandersetzungen gezeigt werden.

*Die Meinung des Autors muss nicht mit dem Standpunkt der Redaktion übereinstimmen.*

*Quelle: <https://de.sputniknews.com/meinungen/20170106314021001-willy-wimmer-regierung-eu-spitze/>*

## **Es war Putin, aber wir haben keine Beweise**

*Samstag, 7. Januar 2017, von Freeman um 07:00*

Jedesmal wenn die US-Geheimdienste die gleichen falschen Beschuldigungen über ein russisches Hacking in einer neuen Verpackung präsentieren, tun die Fake-News-Medien so, als ob diese Behauptungen jetzt bewiesen seien.

Dabei wurden schon wieder und zum wiederholten Male keinerlei Beweise vorgelegt, dass Russland den DNC oder sonst wen gehackt hat. Offensichtlich wendet die Lügenbande in Washington den Trick von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels an, der sagte: *«Wenn man eine grosse Lüge erzählt und sie oft genug wiederholt, dann werden die Leute sie am Ende glauben.»*



Als Gipfel der Unverschämtheit, wird jetzt sogar behauptet, «Putin soll Wahlbeeinflussung in den USA angeordnet haben», wie die Mutter aller lügenden deutschen Fake-News-Blätter, der von der CIA gegründete Schmiergel, jetzt als Überschrift im neuesten Artikel benutzt. Ich habe alle 25 Seiten des Berichts vom Büro des Nationalen Direktors aller US-Geheimdienste durchgelesen. Dort wird kein einziger Beweis präsentiert, nicht mal ein Indiz, absolut NICHTS!!! Es steht nur, *«wir gehen mit grosser Sicherheit davon aus ...»*

Ist das alles? Wenn ein Staatsanwalt vor Gericht mit einer so schwach begründeten Anklage kommen würde, wie *«wir sind sicher, der Angeklagte war es»*, würde ein Richter den Fall hochkant rausschmeissen und er den Ankläger fragen, ob er überhaupt das juristische Examen bestanden habe. Aber die US-Geheimdienste können unbewiesene Behauptungen über Putin und Russland ständig wiederholen und die Lügenpresse verbreitet die Lügen ohne sie anzuzweifeln.

Wer sind also die wirklichen Verbreiter von FAKE-NEWS? Es sind alle Medien, die als Propagandaorgane für die CIA und NSA arbeiten und die Lügen aus den Hauptquartieren eins zu eins weitererzählen. Sie sind genauso schlimm wie die gleichgeschaltete Reichspresse damals in der Nazi-Zeit. Klar, viel subtiler und mit dem Anschein der «Unabhängigkeit». Dabei bringen sie alle dieselben Lügen, und man wird von allen Seiten damit bombardiert. Wie Goebbels sagte:

*«Das ist das Geheimnis der Propaganda: Den, den die Propaganda fassen will, ganz mit den Ideen der Propaganda zu durchtränken, ohne dass er überhaupt merkt, dass er durchtränkt wird. [...] Wenn die anderen Armeen organisieren und Heere aufstellen, dann wollen wir das Heer der öffentlichen Meinung mobilisieren, das Heer der geistigen (Anm. bewusstseinsmässigen) Vereinheitlichung, dann sind wir wirklich die Weichensteller der Zeit.»*

Es gilt wieder, den Russen als bösen Feind darzustellen wie 1941, um die Massen mental für den Angriffskrieg vorzubereiten. Denn so konnte die Wehrmacht am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfallen. Das gleiche haben die Kriegshetzer jetzt vor. Der Beweis dafür liefern auch die Medien, wie der «Lokus»: *«USA verlegen Panzer der «Eisen-Brigade» über Deutschland an die Nato-Ostflanke»*. Deutschland ist wieder der Aufmarschort gegen Russland, denn die Kriegsmaschine kommt über Bremerhaven nach Europa.

Deswegen hat man auch Paragraph 80, «Vorbereitung eines Angriffskrieges» per 31.12.2016 aus dem deutschen Strafgesetzbuch gestrichen. *«Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.»*

Seit 1. Januar 2017 um 0:00 Uhr gilt dieser Straftatbestand nicht mehr. Nur Zufall?

Ja, man hat etwas Ähnliches in das Völkerstrafgesetzbuch eingefügt, «Verbrechen der Aggression» laut Paragraph 13, nur darin hat man den möglichen Täterkreis eingeschränkt. *«Beteiligter einer Tat nach den Absätzen 1 und 2 kann nur sein, wer tatsächlich in der Lage ist, das politische oder militärische Handeln eines Staates zu kontrollieren oder zu lenken.»*

Wer lenkt denn das politische oder militärische Handeln Deutschlands? Es ist Brüssel mit der EU und NATO und natürlich Washington. Berlin ist ja nur ein Befehlsempfänger. Deshalb ist es lächerlich, wenn dieser Paragraf je zur Anwendung kommt. Das möchte ich sehen, wie ein deutscher Staatsanwalt den NATO-Generalsekretär oder einen NATO-General oder überhaupt jemand vom Pentagon oder aus Washington anklagt. Das wird nie passieren!

Was die Fake-News-Medien geflissentlich verschweigen: Der DNC wurde gar nicht gehackt. Es handelte sich nur um ein Phishing. Podesta hat eine Phishing-Mail beantwortet, wo er sein Passwort bekanntgeben sollte und der Volltrottel hat es getan. Ein 12-Jähriger weiss, das tut man nicht. Und dann war sein Passwort auch noch «PASSWORD». Phishing ist kein Hacking. Darin besteht ein grosser Unterschied. Jeder von uns hat schon ein Phishing erlebt.

Das Wort setzt sich aus «Password», «Harvesting» und «Fishing» zusammen.

Bei einem Phishing hilft das «Opfer» aktiv mit, indem es den Zugang ermöglicht und dabei fahrlässig handelt. Ein Hack passiert ohne Wissen und Beteiligung des Opfers. In einem Fall bekommt der Datendieb den Schlüssel



ausgehändigt (Phishing), im anderen handelt es sich um einen Einbruch (Hacking). Deshalb hat auch Donald Trump den Fall als krasse Fahrlässigkeit von Seiten des DNC beschrieben.

So konnte, wer immer das Passwort hatte, auf die ganzen Mails von Podesta zugreifen, die er mit Hillary und überhaupt mit allen vom DNC führte und runterladen. Das ist eine grob fahrlässige Handlungsweise von Podesta, als Wahlkampfleiter von Hillary. Die Schuld dafür den Russen zuzuschieben ist eine Ungeheuerlichkeit und dient nur dazu, um vom Inhalt der Mails abzulenken. Nämlich, dass Hillary, Podesta und der DNC die parteiinterne Abstimmung manipuliert haben, um Bernie Sanders durch Betrug aus dem Rennen zu schmeissen. Deshalb hier die Liste der «Hacker» die Putin engagiert hat:



Es waren Hillary, Obama und die Leitung des DNC selbst. Jetzt versuchen die schlechten Verlierer die Schuld für das Wahldebakel Putin in die Schuhe zu schieben und die Geheimdienste machen mit unbewiesenen Behauptungen und falschen Unterstellungen mit. Damit wollen sie die Legitimität der Trump-Präsidentschaft untergraben und ihn in den Augen der amerikanischen Bevölkerung als Marionette von Putin hinstellen.

Wie lächerlich ist es, die amerikanischen Geheimdiensten jetzt zu glauben, speziell der CIA, wo gerade Langley darauf spezialisiert ist, Lügen und Feindbilder zu fabrizieren. Die Operation Mockingbird schon vergessen? Wo die CIA Journalisten auf der Gehaltsliste hatte, deren Aufgabe es war, erfundene Geschichten in den Medien zu verbreiten, um das heimische und internationale Publikum damit in ihrer Meinungsbildung zu steuern. Diese Operation ist doch nicht beendet, sondern läuft ständig weiter.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2017/01/es-war-putin-aber-wir-haben-keine.html>

## CSU-Asylpapier: «Damit Deutschland Deutschland bleibt» – Seehofer will Familiennachzug begrenzen

*Epoch Times; Aktualisiert: 7. Januar 2017 11:43*

«Damit Deutschland Deutschland bleibt» – unter diesem Titel will CSU-Chef Seehofer am Dienstag ein umfassendes Asyl-Konzept beschliessen lassen, das verschärften Grenzschutz und Abschiebungen von Straftätern vorsieht. Seehofer will den Zuzug ins deutsche Sozialsystem unattraktiver machen.



*CSU-Chef Horst Seehofer will endlich eine Obergrenze beim Asyl und sowohl den Umgang mit Asylbewerbern in Deutschland, wie auch den Grenzschutz in Europa verschärfen.*

*Foto: Peter Kneffel/Archiv/dpa*

Bayerns Staatsregierung will die Asylpolitik bundesweit reformieren und hat dazu ein Gesamtkonzept ausgearbeitet. Es geht über die Forderung nach einer Obergrenze hinaus. Kriminelle Asylbewerber sollen konsequenter abgeschoben werden. Ausserdem solle der Grenzschutz in Europa verschärft werden, berichtete der «Münchner

Merkur» (Samstagsausgabe). Hilfe für Entwicklungsländer, vor allem in Afrika, soll ausgebaut werden. Horst Seehofers vertrauliches Positionspapier trägt den Titel «Damit Deutschland Deutschland bleibt». Der Ministerrat solle das Konzept am Dienstag beschliessen. Verfasst wurde das Positionspapier von Seehofer persönlich, was der «Merkur» als einen eher ungewöhnlichen Vorgang bezeichnete. Seehofer hatte nach dem Anschlag in Berlin eine Neujustierung der Politik verlangt.

### Bekenntnis zur Hilfe für Schutzbedürftige

Zu den Kerninhalten des Seehofer-Papiers zählt ein Bekenntnis zur Aufnahme von Flüchtlingen. «Die Aufnahme von Schutzbedürftigen ist ein Gebot der christlichen und humanitären Verantwortung», heisst es. Der Staat müsse mit «Null-Toleranz gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus» vorgehen. Die Welt sei «zu einer neuen und verantwortungsbewussten Entwicklungspolitik aufgerufen.»

### «Afrikapakt»

Seehofer fordert ausserdem einen «Afrikapakt» der Europäischen Union. Auch dürfe es nicht mehr vorkommen, dass Hilfsprogramme unterfinanziert seien und deshalb in Flüchtlingslagern Elend und Not wachse. Für Flüchtlinge wolle der CSU-Chef den Familiennachzug weiter beschränken und strikt an einen selbstverdienten, gesicherten Lebensunterhalt koppeln. Um insgesamt den Zuzug in die Sozialsysteme unattraktiver zu machen, solle auch die Grundsicherung für Migranten im Alter eingeschränkt werden, wenn sie nicht die überwiegende Zeit des Erwerbslebens in Deutschland verbracht haben.

### Kriminelle sollen konsequent abgeschoben werden

Wer sich nicht an die deutsche Rechtsordnung halte, solle das Land verlassen müssen, fordert Seehofer laut «Münchener Merkur»: «Wer in Deutschland straffällig wird, hat sein Gastrecht verwirkt und muss konsequent abgeschoben werden.» Laut Seehofer sei das neue Gesamtkonzept nötig, um eine «Überforderung unseres Landes abwenden» zu können.

An der umstrittenen Obergrenze für die Aufnahme von 200 000 Flüchtlingen im Jahr hält die neue «Charta» fest. Gelöst werden könne dies über Quotenregelungen in ganz Europa. «Die Aufnahme muss im Weg eines geordneten Verfahrens nach Quoten erfolgen, die für eine faire und solidarische Lastenverteilung in der EU sorgen und die Grenzen der Aufnahmefähigkeit eines Staates nicht überschreiten», zitierte der «Merkur» aus dem Papier.

### Hotspots in anderen Ländern gefordert

Seehofer spreche sich zudem für weitere Abkommen mit Drittstaaten aus. Dazu gehörten auch Flüchtlingszentren in diesen Ländern. «Erst das EU-Türkei-Abkommen führte dazu, auch die Aussengrenze der EU in Griechenland zu entlasten», führt Seehofer dem Bericht zufolge in seinem Papier aus. Allerdings dürften solche Drittstaatenabkommen «nicht mit sachfremden Themen gekoppelt werden», wie etwa einem EU-Beitritt oder Visafreiheit.

Die Zuwanderung von Fachkräften soll nach Seehofers Vorstellungen jenseits der Flüchtlingsfragen ein «Einwanderungsbegrenzungs-gesetz» regeln. Faktoren seien dabei unter anderem der Fachkräftebedarf, Qualifikation, Integrationsprognose und gesicherter Arbeitsplatz, ausserdem die Zahl regulärer Migranten innerhalb der EU. Am Freitag war im Kloster Seeon die Klausurtagung der CSU zu Ende gegangen. Dabei spielten die Einwanderungs- und die Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle. Seehofers neues Papier ergänzt die bestehende CSU-«Charta» zur Asylpolitik (Obergrenzenforderung) laut «Münchener Merkur» mit vielen Einzelvorschlägen. Diese wurden vom für Sicherheit zuständigen bayerischen Minister mit Abgeordneten aus Bund und Land erarbeitet.

(afp/dpa/rf)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/csu-asylpapier-damit-deutschland-deutschland-bleibt-seehofer-will-familiennachzug-begrenzen-a2017875.html>

## Türkei deutet an, dass sie die Vereinigten Staaten von Amerika aus Luftwaffenbasis Incirlik ausweisen könnte

erschienen am 4. Januar 2017 auf > Antiwar.com > Artikel

Verteidigungsminister bringt Verärgerung über mangelnde US-Luftunterstützung in al-Bab zum Ausdruck.  
Jason Ditz

Während Vertreter des Pentagon gestern die Überflüge ihrer Kriegsflugzeuge über die von der Türkei angegriffene ISIS-Stadt al-Bab gross als «eine Demonstration der Macht» herausstrichen, mit dem Zweck, die türkische Invasion zu unterstützen, sehen türkische Regierungsvertreter das eindeutig nicht so und überlegen sogar, die Kriegsflugzeuge der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Luftwaffenbasis Incirlik hinauszuerwerfen, weil sie in Wirklichkeit keine Hilfe bieten.

Verteidigungsminister Fikri Isik warnte, dass «ernsthafte Enttäuschung» darüber herrsche, dass die Vereinigten Staaten von Amerika keine Luftunterstützung für den Angriff auf al-Bab zur Verfügung gestellt haben, und warnte, dass das die öffentliche Unterstützung beeinträchtige und zu ernsthaften Fragen unter türkischen Regierungsvertretern über den Status von Incirlik führt.

Pentagonssprecher Colonel John Dorrian sagte, ein Hinauswurf der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Luftwaffenbasis würde sich auf den Krieg «verheerend» auswirken, und blieb dabei, dass «die gesamte Welt sicherer geworden» sei, seit Kriegsflugzeuge der Vereinigten Staaten in der Lage sind, von der Basis Incirlik aus zu fliegen.

Aussenminister Mevlut Cavusoglu gab die Bedenken zurück und betonte, dass obwohl die Vereinigten Staaten von Amerika «ein sehr wichtiger Alliierte sind», die Meinung herrsche, dass die Türkei ihnen keinen Zugang zu dem Luftwaffenstützpunkt gewähren soll, wenn sie nicht die Türkei im Kampf gegen ISIS oder die Kurden unterstützen.

Quelle: [http://antikrieg.com/aktuell/2017\\_01\\_05\\_tuerkei.htm](http://antikrieg.com/aktuell/2017_01_05_tuerkei.htm)



10:49 07.01.2017(aktualisiert 10:55 07.01.2017)

Nach dem Fall Anis Amri streiten sich CSU und CDU um ein Konzept im Umgang mit Flüchtlingen und der Bekämpfung des Terrorismus. Ein Zentralproblem: Nach wie vor weiss niemand, wer über die offenen Grenzen nach Deutschland kommt. Sputnik hat darüber mit dem Innenexperten Wolfgang Bosbach (CDU) gesprochen. Zu Beginn geht es um die Obergrenze. Bei diesem Begriff gehe es laut Bosbach um eine wichtige politische Frage: «Nämlich, wie können wir in Zukunft verhindern, dass die Aufnahme- und Integrationskraft unseres Landes überfordert wird, so wie das spätestens ab Sommer 2015 der Fall war.» Es gebe zwar weder in der Verfassung noch im internationalen Völkerrecht eine Ziffer für eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen, aber kein Land, auch Deutschland nicht, habe eine unbegrenzte Aufnahme- und Integrationskraft. Das wolle die CSU im Wahlprogramm verankern. Dass die Kanzlerin vom Begriff Obergrenze nicht viel hält, sei bekannt. Es gehe konkret darum, in welchen Fällen und unter welchen Voraussetzungen Deutschland zukünftig «wirklich schutzbedürftige Menschen» aufnehmen soll.

Für Bosbach sind dafür zwei Dinge entscheidend: Zum einen müssen es Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten sein, die politisch verfolgt werden. Zum Zweiten müssten Identität und Nationalität geklärt sein: Sie müssen sich ausweisen können. Im «Fall Amri» sei genau das das Hauptproblem gewesen: Sein Heimatland Tunesien habe sich wegen seines fehlenden Passes zunächst geweigert, ihm Ausreisepapiere auszustellen. Diese seien erst nach dem Anschlag in Deutschland angekommen, weil Amris Identität so lange ungeklärt war. Durch den fehlenden Pass habe Amri in Deutschland 14 verschiedene Identitäten annehmen können.

«Das passiert, indem man Menschen einfach einreisen lässt. Es ist natürlich alles rechtswidrig», sagt Bosbach. Aber man müsse die Rechtslage mit der Praxis abgleichen: «Wenn jemand einreist und irgendeine Nationalität oder Identität angibt, dann kann ich das nicht mit Fingerabdrücken abklären.» Der CDU-Abgeordnete kritisiert das aktuell praktizierte System und bringt den Sputnik-Reporter mit ins Spiel: «Wenn man ihnen Fingerabdrücke abnimmt, könnte man die nur vergleichen, wenn es sie schon in irgendeiner Datei gibt. Wenn es bei den

Abdrücken Differenzen gibt, sind Sie genau so schlau wie zuvor: Stimmt die eine oder die andere Identität? Oder stimmen beide nicht?»

Der Innenexperte lässt keinen Zweifel, dass diese Art der Identifikation unzureichend ist. Dazu kämen die offenen Grenzen in der EU. «Da vagabundieren leider auch Ganoven quer durch den Schengen-Raum – mit unterschiedlichen Identitäten und Nationalitäten», warnt der 64jährige. Schon bei einem Einzelnen hätten es die zuständigen Behörden schwer, den Sachverhalt aufzuklären.

Sputnik spricht Bosbach auf die Aussagen des Braunschweiger Polizeikommissars Ulf Küch an. Dieser hatte berichtet, es gebe Banden junger Männer, die mit bis zu 30 Identitäten ausgestattet systematisch in Deutschland auf Diebestour gingen. «Das ist keine neue Erkenntnis, allerdings weitestgehend tabuisiert. Der Rheinländer kennt da einen schönen Satz: Von nichts kütt nichts!» zitiert Bosbach nicht ohne Sarkasmus. Das sei eine Folge der EU-Grenzen, die durchlässig seien wie nie – bei gleichzeitiger Abschaffung von Binnengrenzkontrollen. Das führe nun einmal zu einem Verlust von Sicherheit. «Was ich jetzt sage, gilt als uneuropäisch, ist aber die Wahrheit. Wenn wir sagen, wir nehmen jeden auf, der einen Asylantrag stellt. Und dann prüfen wir in langwierigen Verfahren, ob er hier bleiben kann oder nicht. Dann nutzen eben viele die Gelegenheit, um sich den Zugriff der Behörden zu entziehen und reisen einfach.»

Quelle: <https://de.sputniknews.com/gesellschaft/20170107314028390-bosbach-fall-amri-fluechtlinge/>

## Warum kämpfen wir in Syrien?

Posted on Dezember 23, 2016 2:29 am by admin



Alexander Dugin

Eine russische Passagiermaschine vom Typ Airbus A321 ist am 31. Oktober bei einem Charterflug vom ägyptischen Scharm al-Scheich nach Sankt Petersburg auf der Sinai-Halbinsel abgestürzt. Alle 224 Menschen an Bord kamen ums Leben. Fast alle waren russische Staatsangehörige. Das Flugzeug war nur etwa 20 Minuten lang in der Luft, bevor es abstürzte.

Die Terrororganisation «Islamischer Staat» (IS; Anm. Islamistischer Staat) hatte sich unmittelbar nach der Katastrophe zu dem Anschlag bekannt. Die «Soldaten des Kalifats haben es geschafft, ein russisches Flugzeug in der Provinz Sinai» abzuschießen, hatte die IS-Gruppe erklärt. Die mehr als 220 «Kreuzzüger» an Bord der Maschine seien getötet worden. Der Abschuss sei eine Racheaktion für die russische Militärintervention in Syrien. Russische ausländische Experten haben zwar ausgeschlossen, dass es sich um einen «Abschuss» handelt, aber die Ermittler gehen davon aus, dass eine Bombe an Bord des Flugzeugs detonierte und den Absturz verursachte. Die Terrororganisation «Islamischer Staat» (Anm. Islamistischer Staat) hat Russland bereits im vergangenen Jahr den Krieg erklärt. Und als Terrorgruppe tötet der IS Zivilisten und erfreut sich am Tod von Zivilisten. Zivilisten zu töten, ist die Essenz des Terrorismus. Terroristen töten unschuldige Opfer, um ein politisches Ziel zu erreichen. Dies entspricht auch der Natur des «Islamischen Staates» (Anm. Islamistischen Staates). Es handelt sich dabei weder um Islam noch um einen Staat. Denn für einen gläubigen Muslim ist der Tod unschuldiger Zivilisten inakzeptabel. Der Tod von Zivilisten ist aber der Preis, den Russland für die Militärhilfe in Syrien heute und wahrscheinlich in Zukunft bezahlen müssen. Die Terroristen des IS sehen alle Russen als Feinde an, nicht nur das russische Militär. In den sozialen Netzwerken im Internet zeigten westliche Kommentatoren zudem unverhohlen ihre Schadenfreude über das Flugzeugunglück. Doch warum leistet Russland diese Militärhilfe für Syrien? Zunächst handelt es sich um einen geopolitischen Konflikt. In Syrien verläuft die Front zwischen Atlantikern und Eurasiern.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstand ein politisches Vakuum im Osten, auch im Nahen Osten. Dort verfolgen die USA seitdem das Projekt der Zerstörung der Nationalstaaten – auch das «Greater Middle East Project» genannt. Dabei zerstörten die USA sogar Staaten, die sich gegenüber Washington mehr oder weniger loyal

verhalten haben. Die USA sorgen für Chaos und betätigen sich als Hegemonialmacht. In den 1990er Jahren war Russland geschwächt und reagierte nicht. In den frühen 2000er Jahren begann Russland langsam, sich zu erholen. Und heute hat sich Wladimir Putin dazu entschlossen, der US-amerikanischen Chaos-Politik im Nahen Osten aktiv entgegenzutreten. Die russische Militärhilfe gegen den Terrorismus in Syrien kann als Akt eurasischer Geopolitik gesehen werden. Syrien befindet sich im Zentrum der Schlacht zwischen den Vertretern einer unipolaren (USA) und einer multipolaren Weltordnung (Russland). Doch darüber hinaus müssen wir den «Islamischen Staat» (Anm. Islamistischer Staat) als eine direkte Bedrohung der Russischen Föderation wahrnehmen. Die Terrororganisation ist ein Produkt der US-amerikanischen Politik – kreiert, um Chaos zu verbreiten und um den USA jederzeit die Vorlage für eine eigene US-Militärintervention zu liefern –, wie man am Beispiel Syriens sieht. Aber der «Islamische Staat» (Anm. Islamistischer Staat) ist nicht nur im Irak und in Syrien präsent. Auch in Zentralasien existieren Gruppen des IS. In Afghanistan, Tadschikistan und Usbekistan sind Terrorbanden aktiv, die die gleiche Ideologie haben und die gleichen Sponsoren wie sie der «Islamische Staat» (Anm. Islamistische Staat) in Syrien und im Irak hat. Auch im Nord-Kaukasus, also bereits auf dem Gebiet der Russischen Föderation, sind diese Gruppen aktiv. Wladimir Putin versteht sehr genau, dass es auch in Zentralasien und im Kaukasus um die Schaffung chaotischer Zustände mit Hilfe des «Islamischen Staates» (Anm. Islamistischer Staat) und ähnlicher Terrorgruppen geht.

Die Logik der russischen Militärintervention ist daher klar: Wenn wir Russen nicht den US-kreierten und -unterstützten Terrorismus bereits in Syrien eindämmen, werden wir bald an unserer eigenen Grenze und sogar auf unserem Territorium gegen ihn kämpfen müssen. Syrien ist unsere äussere Verteidigungslinie. Die nächste Linie befände sich schon auf dem Territorium der Eurasischen Union und sogar auf dem Staatsgebiet der Russischen Föderation. Dazu kommt: Der russische Militäreinsatz in Syrien ist im Gegensatz zur US-geführten, sogenannten «Anti-Terror-Kampagne» absolut legitimiert.

Moskau kooperiert eng mit Damaskus, die syrische Regierung hat offiziell um russische Unterstützung angefragt. Die russische Luftwaffe arbeitet mit der syrischen Armee zusammen, während die US-geführten Angriffe gegen den Willen und trotz Protesten der syrischen Regierung stattfinden. Dr. Baschar al-Assad ist der legitime und gewählte Präsident Syriens, er wird von weit mehr als 50 Prozent der syrischen Bevölkerung unterstützt. Das bedeutet: In Syrien kämpfen wir zusammen mit unseren syrischen Verbündeten gegen die Expansion des «Islamischen Staates» (Anm. Islamistischen Staates). Wir müssen uns vor Augen führen, was ein totaler Zusammenbruch Syriens bedeuten würde. Er würde automatisch den Zusammenbruch aller anderen islamischen Staaten in der Region nach sich ziehen, auch Nordafrika würde mittelfristig völlig ins Chaos gestürzt werden, wie wir bereits in Libyen sehen. Wir können im Falle eines Zusammenbruchs Syriens daher von einer Kettenreaktion oder einem Dominoeffekt sprechen.

Dies hätte wiederum zur Folge, dass Abermillionen an Flüchtlingen und Migranten sich in Richtung Europa in Marsch setzen würden, da es im totalen Chaos keine Zukunftsperspektive für die Menschen mehr geben wird. Das US-amerikanisch kreierte Chaos richtet sich daher nicht nur gegen den Nahen Osten und Zentralasien, sondern auch gegen Europa. Je mehr Chaos und Unordnung im Nahen Osten und in Nordafrika, desto mehr Migranten kommen nach Europa. Dies wiederum führt zu einer Destabilisierung der sozialen Infrastruktur und dadurch zu einer politischen Lähmung auf dem europäischen Kontinent. Und hier sollten wir nicht vergessen: In den Massen von Migranten strömen auch Tausende von Terroristen nach Europa. Sollte sich diese Entwicklung fortsetzen und sollten in Zukunft zehn, zwanzig oder gar dreissig Millionen Migranten nach Europa kommen, würde dies faktisch das Ende Europas bedeuten.

Der europäische Kontinent würde nicht etwa «islamisiert» werden, es würde dort auch kein «Kalifat» errichtet werden – Europa würde im totalen Chaos versinken und ausgelöscht werden. Russland kämpft heute auch gegen diese Entwicklung – im Interesse Europas. Russland braucht Europa – und Europa braucht Russland. Bricht Europa zusammen, ist das schlecht für Russland – das gleiche Gesetz gilt aber ebenso umgekehrt, auch wenn das viele europäische Regierungen heute nicht akzeptieren wollen und sogar dagegen arbeiten. Es gibt hierfür sogar eine historische Kontinuität: In der Vergangenheit sah Russland in Europa einen Schutzschild gegen die türkisch-osmanischen Expansionsbestrebungen. Versinkt Europa im Chaos, wäre Russland an seiner West- und Südgrenze ebenso von diesem Chaos bedroht. Daher ist der Schutz Europas auch im Interesse der Russischen Föderation.

Um Europa vor dem Chaos zu bewahren, ist Russland heute das Schutzschild des europäischen Kontinents. Russland kämpft in Syrien also gleich auf mehreren Ebenen: Wir nehmen aktiv den Kampf auf gegen die globalen US-amerikanischen Hegemonialbestrebungen. Wir schützen unsere eigenen nationalen und eurasischen Sicherheitsinteressen, indem wir den Feind bekämpfen, bevor er zu uns kommen kann. Wir bewahren Europa vor dem Niedergang, weil eine solche Entwicklung auch für uns schädlich wäre.

*Erschienen in der Zeitschrift «Zuerst»*

*Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/warum-kaempfen-wir-in-syrien/>*

## Gute Nachricht: Washington aus dem Friedensplan für Syrien ausgeschlossen

erschienen am 2. Januar 2017 auf der Website des Ron Paul Institute for Peace and Prosperity > Artikel

Ron Paul

Als die Massenmedien in den Vereinigten Staaten von Amerika letzte Woche über Russlands angebliches «Hacking» der US-Wahlen und Präsident Obamas letzte Runde von Sanktionen gegen Russland als Gegenzug geiferten, ging etwas sehr Wichtiges unterhalb des Medienradars vor sich. Als Ergebnis eines Treffens der Aussenminister von Russland, dem Iran und der Türkei im vergangenen Monat wurde ein Waffenstillstand in Syrien ausgearbeitet und wird realisiert. Bis jetzt scheint er zu halten, und nach fast sechs Jahren eines furchtbaren Kriegs sehen die Menschen in Syrien endlich die Möglichkeit, ihr Leben wieder aufzubauen.

Was ist so bedeutend an diesem besonderen Waffenstillstand? Er wurde geplant, vereinbart und umgesetzt ohne die Beteiligung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.

In der Tat war es die Enttäuschung über Washingtons Weigerung, seine «gemässigten Rebellen» von terroristischen Gruppen zu trennen, sowie das anhaltende Bestehen auf einem Regimewechsel in der syrischen Regierung, die die drei Länder dazu brachte, selbst eine Lösung für Syrien zu entwickeln. Sie bezogen auch die syrische Regierung und einen grossen Teil der Opposition in die Vereinbarung ein, wozu die Regierung in Washington nicht bereit war.

Die ganze Zeit wurde uns von den Neokonservativen und «humanitären Interventionisten» gesagt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine zentrale Rolle in jeder Krise auf der Welt einnehmen müssen, sonst gäbe es niemals eine Lösung. Wir sind das «unverzichtbare Land», sagen sie, und ohne unsere Mitwirkung wird die Welt zugrunde gehen. Unsere Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel, so behaupten sie, und wenn wir nicht vortreten, wird das niemand tun. Das alles stimmt nicht, wie wir in der letzten Woche gesehen haben.

Die Wirklichkeit schaut so aus, dass es oft die Mitwirkung der Vereinigten Staaten von Amerika an der «Lösung» dieser Krisen ist, die sie in der Tat endlos fortsetzt. Nehmen wir den über 60 Jahre anhaltenden Kriegszustand zwischen Nord- und Südkorea. Hat die Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika irgendetwas bewirkt, um das Problem zu lösen? Und was ist mit unserem jahrzehntelangen Herumpfuschen im Streit zwischen Israel und den Palästinensern? Sind wir trotz der Milliarden, die wir für Bestechung und Einmischung ausgegeben haben, einem Frieden zwischen Israelis und Palästinensern auch nur einen Schritt nähergekommen?

Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer fügt der Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika im Ausland keinen Schaden zu. Es sind Einmischung, Bombardierung, Einsatz von Drohnen und Regimewechsel, die unsere Glaubwürdigkeit im Ausland schädigen. Die Obstruktion der Vereinigten Staaten von Amerika in Syrien hielt den Krieg in Gang. Als die Syrer und Russen Ost-Aleppo aus seiner vierjährigen Belagerung durch al-Qaeda befreiten, forderte die Administration Obama einen Waffenstillstand. Als Syrer begannen, in ihre Häuser in Ost-Aleppo zurückzukehren, sagte das Aussenministerium uns noch immer, dass die russische und syrische Regierung zum Spass Zivilisten abschlachteten.

Was steckt denn hinter der Aufmerksamkeit der Medien für unbewiesene Anschuldigungen wegen russischen Hackings und Präsident Obamas vorhersehbare, aber sinnlose Reaktion? Die Massenmedien tanzen nach der Pfeife der Washingtoner Interventionisten, die verzweifelt versuchen, die Aufmerksamkeit von dem abzulenken, was sich als der Anfang vom Ende von Syriens langem Albtraum herausstellen könnte. Sie wollen nicht, dass die Amerikaner erfahren, dass der Rest der Welt seine eigenen Probleme lösen kann, ohne dass der Weltpolizist Amerika im Mittelpunkt steht. Wenn endlich verstanden wird, dass wir nicht erforderlich sind bei der Lösung von Krisen im Ausland, dann werden die Neokonservativen verlieren. Hoffen wir, dass das bald der Fall ist!

Quelle: [http://antikrieg.com/aktuell/2017\\_01\\_02\\_gute.htm](http://antikrieg.com/aktuell/2017_01_02_gute.htm)

## In General Mattis findet Trump einen bedeutenden Foltergegner

erschienen am 2. Januar 2017 auf > Antiwar.com > Artikel

Zukünftiger Präsident war «überrascht» zu erfahren, dass sein designerter Verteidigungsminister gegen Folter ist. Jason Ditz

Bei der Auswahl seiner Kandidaten für höchste Kabinettpositionen scheint der zukünftige Präsident Donald Trump nicht ganz die Einstellungen von allen mitbekommen haben, die er ausgewählt hat. Das führte zumindest zu einer grösseren Überraschung, als General James Mattis, ein ehemaliger hochrangiger Befehlshaber des US Marine Corps, sich als vorgesehener Verteidigungsminister mit Trump zusammensetzte, um ihm zu erklären, warum Folter nicht wirkt und überhaupt eine schlechte Idee ist.

Trump gab zu, dass er «überrascht» war, als er hörte, dass Mattis gegen Folter ist, und nachdem Trump im Wahlkampf massiv eine pro-Folter-Position vertreten hatte, ging er nach dem Gespräch mit Mattis von dem Versprechen ab, die Folter wieder einzuführen und zeigte damit nicht nur, wie sehr der General von seiner Position überzeugt ist, sondern auch wie überzeugend er diese vertreten kann.

Immerhin wollte Trump sich in der Frage der Folter nicht heraushalten, er argumentierte im Wahlkampf, dass «nur eine dumme Person» nicht für die Folter ist, und blieb dabei, dass sogar wenn es nichts nützt, die Vereinigten Staaten von Amerika schon deshalb Menschen foltern sollten, weil sie das wahrscheinlich verdienen.

Für Mattis war die Gegnerschaft gegen die Folter in seinen letzten Jahren im Marinecorps eine wichtige Frage, so führte er ernsthafte Untersuchungen durch, als der gefolterte Leichnam eines irakischen Gefangenen in der Nähe eines von Marines betriebenen Anhaltelagers gefunden wurde, was dann kriegsgerichtliche Verfahren zur Folge hatte. Mattis sprach davon offen als von der «schlimmsten Sache, die unter seiner Aufsicht geschehen ist.» Während die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika im Irak meistens darin bestand, bei Foltervorwürfen wegzusehen, argumentierte Mattis wiederholt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika es nötig haben, sich «moralisch im Recht zu fühlen», indem sie sich strikt an die Gesetze des Kriegs halten. Nach dem Irak sagte er vor dem Senat, dass die Vereinigten Staaten von Amerika alle Gefangenen entsprechend der Genfer Konvention behandeln sollten.

Obwohl klar ist, dass der zukünftige Präsident nicht wusste, was er mit der Nominierung von General Mattis bekam, könnte dessen Nominierung letztlich grosse Auswirkungen auf die Militärpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika haben, und könnte sich als das letzte Bollwerk gegen systematische Folter unter der Administration Trump herausstellen.

Quelle: [http://antikrieg.com/aktuell/2017\\_01\\_03\\_ingeneralmattis.htm](http://antikrieg.com/aktuell/2017_01_03_ingeneralmattis.htm)

## Waffenstillstand in Syrien hält inmitten von Beschwerden der «Rebellen»

### Der Status der Nusra-Front bleibt wichtigster Zankapfel im Streit um Waffenstillstand

*erschienen am 3. Januar 2017 auf > Antiwar.com > Artikel*

#### Der Status der Nusra-Front bleibt wichtigster Zankapfel im Streit um Waffenstillstand

Jason Ditz

Fünf Tage nach Beginn des Waffenstillstands in Syrien, der von der Türkei, Russland und dem Iran ausgehandelt wurde, hält dieser weiterhin im grössten Teil des Landes an. Rebellen hören allerdings nicht auf zu nörgeln, nachdem der Status des al-Qaida-Ablegers «al-Nusra-Front» in Zusammenhang mit den Bestimmungen des Waffenstillstands ein Zankapfel bleibt und Kämpfe im al-Nusra-Gebiet von anderen Rebellengruppen als Verstoß gegen die Waffenruhe hingestellt werden.

Schwere Kämpfe wurden berichtet aus Ost-Ghouta und im Baradatal, wobei die Rebellen wieder einmal behaupten, dass die Regierung dadurch «grössere und häufige Verstösse» gegen das Waffenstillstandsabkommen begehe. Die Regierung andererseits bleibt dabei, dass al Nusra nicht unter den Waffenstillstand fällt.

Die exakte Wahrheit ist ein bisschen kompliziert, nachdem der Waffenstillstand Gruppen ausgeschlossen hat, die von der UNO als terroristische Organisationen geführt werden. Die UNO führt al Nusra als terroristische Organisation, und die Regierung hält sich danach, während die Rebellen behaupten, dass sie, da die UNO nach der Namensänderung der al Nusra die Liste nicht auf den neuesten Stand gebracht hat, auf dem der neue Namen enthalten ist, technisch gesehen nicht mehr auf der Liste stehen.

Bis jetzt benutzen die Rebellen diesen Disput als Vorwand, um nicht über die für Mitte Januar geplanten Gespräche in Kasachstan zu diskutieren, aber bis jetzt ziehen sie sich auch nicht gänzlich aus dem Waffenstillstand zurück. In der Tat scheint der Waffenstillstand in einem grossen Teil des Landes zu halten und hat nicht zuletzt einige Ruhe in einen grossen Teil des Landes gebracht.

P.S.: Für nahezu alle westlichen Medienhuren einschliesslich der NATO-Propagandaanstalt «Kultursender Österreich 1» ist es offenbar kein Problem – und schon gar nicht eine humanitäre Katastrophe –, dass nahezu fünf Millionen Menschen in und rund um Damaskus schon seit über einer Woche ohne Wasser sind. Den genannten Dreckschleudern ist vor einigen Tagen irgendwie herausgerutscht, dass das Trinkwasser in Damaskus mit Diesel verseucht wurde. Auch dass die – mittlerweile zerstörte – Hauptquelle für die Trinkwasserversorgung von Damaskus im Baradatal liegt, wurde von diesen Plappermäulern leichtfertig ausgeplaudert.

Auch dass «die Zivilbevölkerung» im Baradatal vom «Regime» bombardiert wird, ist neuerdings zu hören, was angeblich gegen den Waffenstillstand ist.

Nun aufgepasst, die ihr zu bösartig, vernebelt oder zu blöd seid, um eins und eins zusammenzuzählen: Diejenigen, die die Trinkwasserversorgung für fünf Millionen Menschen mit Diesel vergiften und die Quelfassungen zerstören, sind keine Zivilisten, sondern – von den Mächten des Westens, von den westlichen Massenmedien, ja von euch kriegsgeilen Schreiberlingen unterstützte und geförderte Terroristen, für die der Waffenstillstand nicht gilt. Soll die rechtmässige Regierung zuschauen, wie das Land von den von euch gehätschelten «Oppositionellen», «gemässigten Rebellen» und neuerdings gar «Zivilisten» in ein humanitäres Katastrophengebiet verwandelt wird?

*Klaus Madersbacher, antikrieg.com*

Quelle: [http://antikrieg.com/aktuell/2017\\_01\\_04\\_waffenstillstand.htm](http://antikrieg.com/aktuell/2017_01_04_waffenstillstand.htm)

## Kolumbien: NATO-Bündnis im Herzen Südamerikas – Unabsehbare Folgen für den Frieden

*7.01.2017 • 08:22 Uhr; Von Maria Müller, Montevideo*

Die zunehmend zum «Vorwärtsverteidigungsbündnis» mutierende NATO will ihren Kompetenzbereich auf Lateinamerika ausdehnen. So soll zunächst Kolumbien zum Partner eines Assoziierungsabkommens werden. Bogotá hat vor allem innenpolitische Motive für den Schritt.

Der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos verkündete am 24.12.2016 einer überraschten Öffentlichkeit, dass die NATO bereit sei, einen Assoziierungsvertrag mit Kolumbien zu vereinbaren. Erste Gespräche stünden bereits auf der Tagesordnung. Damit soll Kolumbien in Zukunft den gleichen Status wie Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea und Afghanistan erhalten, ohne jedoch direktes Mitglied der NATO zu werden.

Die Nachricht platzte mitten in den weltweit mit hohen Erwartungen verbundenen Friedensprozess, der einen jahrzehntelangen Bürgerkrieg in dem lateinamerikanischen Land beenden soll. Warum aber blieb ein so einschneidender Faktor bislang im Zusammenhang mit diesem internationalisierten Friedensprozess unerwähnt? Das Ereignis hat eine längere Vorgeschichte: Schon am 6. Juni 2013 unterzeichnete die kolumbianische Regierung in Brüssel ein erstes Memorandum mit der NATO über «Kooperation und Informationsaustausch». Es ging dabei primär um eine beiderseitige Verpflichtung zur Wahrung von Geheiminformationen, die bei einer künftigen Zusammenarbeit eine Rolle spielen könnten.

Ein weiteres Dokument mit dem Titel «Verhaltenskodex» legt die Verpflichtung von Drittstaaten fest, durch die Zusammenarbeit mit der NATO erlangte Mittel nicht gegen die Interessen der Mitgliedsstaaten einzusetzen. Es handelt sich bei beiden Abkommen um Einstiegsverträge für einen künftigen Assoziierungsvertrag.

Worin der Sinn und Zweck der Kooperation mit der NATO besteht, wurde zunächst nicht ins Detail hinein erörtert, sondern sehr allgemein mit der «Verteidigung gemeinsamer Interessen» umschrieben. In dem vom kolumbianischen Parlament 2014 dazu verabschiedeten Gesetz Nr. 1734 über die geplante Zusammenarbeit werden hingegen einige Ziele deutlicher.

Die von den USA hochgerüstete Armee des Landes soll weiter an die Normen und Standards der NATO-Truppen angepasst werden. Kolumbien soll im Gegenzug seine jahrzehntelange Erfahrung im Kampf gegen «bewaffnete Gruppen in einem schwierigen Gelände» in die NATO-Ausbildungsprogramme einbringen. Doch auch eine direkte Beteiligung an NATO-Operationen ist vorgesehen, wie sie Kolumbien bereits in Afghanistan praktiziert. Das Land will seine Truppen ausserdem stärker in UNO-Missionen einbinden.

Auf dem Weg der NATO-Zusammenarbeit wurde Kolumbien im Oktober 2014 auch schon zu zivilen und militärischen Einsätzen der Europäischen Union eingeladen, die den schönen Namen «Krisenbewältigung» tragen. Als Erstes ging es in die Ukraine, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits mitten im Bürgerkrieg befand. Im Grund läuft die Angelegenheit also auf eine Rundum-Verwendung der Soldaten aus Südamerika hinaus. Fazit: Die Teilnahme der kolumbianischen Streitkräfte an «geopolitischen Szenarien» soll verstärkt werden.

Die NATO-Kooperation und diverse Abenteuer in fernen Ländern scheinen der Preis zu sein, den Präsident Santos zahlen muss, um den Friedensprozess mit der FARC-EP und der ELN verwirklichen zu können. Rund 550 000 Soldaten der kolumbianischen Armee müssten nun nach Ende des Krieges im eigenen Land zum überwiegenden Teil entlassen werden. Eine zivile Perspektive haben nicht alle von ihnen.

Deshalb gilt: Nur wenn sie eine attraktive berufliche Zukunftsperspektive erhalten, werden sie den Friedensprozess akzeptieren und mittragen. Andernfalls ist die Gefahr gross, dass arbeitslose ehemalige Militärs sich erneut in paramilitärischen Einheiten organisieren und den Grossgrundbesitzern und Grosskonzernen ihre



tödlichen Dienste anbieten. Die nun vorgezeichnete Alternative besteht in einer Art Dienstleistungsarmee mit hohem Prestige, orientiert an Angebot und Nachfrage.

Formal ist der ausschlaggebende Grund für die NATO-Kooperation Kolumbiens hingegen im Strategiepapier des US-Südkommandos unter dem Titel «Partnerschaften in Amerika 2018» zu finden. Darin wird gefordert, in Lateinamerika Sicherheitspartnerschaften aufzubauen. Man solle den Ländern, die dafür in Frage kommen, den höchsten Status eines Verbündeten ohne NATO-Mitgliedschaft anbieten – Major Non-NATO Ally –, und das ist die Assoziierung.

In der Begründung für den Kooperationsvertrag mit der NATO, die sich in der Gesetzesvorlage 1734/2014 findet und die anschliessend auch das Placet des Präsidenten Santos fand, heisst es: «Die Rolle Kolumbiens als bedeutender Akteur in den Szenarien der Region, der (westlichen) Hemisphäre und weltweit gründet sich auf den Kapazitäten seiner Streitkräfte. Wir wollen sie durch unterschiedliche Mechanismen der bilateralen, Dreiecks- und multilateralen Zusammenarbeit festigen.»

Ein staatliches Selbstverständnis solcher Art steht jedoch im völligen Gegensatz zum Konzept der Staatenintegration Südamerikas und der Karibik, in der die Konfliktlösung durch Verhandlungen absoluten Vorrang hat. Der Zusammenschluss der Union der Südamerikanischen Staaten (UNASUR) im Jahr 2008 war das politische Instrument, das sicherstellen sollte, dass die Diplomatie als einzig denkbare Form der Auseinandersetzung zwischen den Staaten des Kontinents und der Karibik erfolgreich praktiziert wird. Kolumbien ist Mitglied der UNASUR.

Die Ächtung militärischer Mittel und die Verpflichtung zum Frieden in ganz Mittel- und Südamerika bestimmten auch die gemeinsame Staatenerklärung von Havanna aus dem Jahre 1948, mit der die Region feierlich als «Friedenszone» deklariert wurde. Erneut verwiesen die Signaturstaaten damals auf den Vertrag von Tlatelolco/Mexiko aus dem Jahre 1969, wodurch Atomwaffen in Mittel- und Südamerika verboten sind. Auch Kolumbien gehört zu den Unterzeichnerstaaten.

Doch Kolumbiens Präsident Santos bewegt sich sehr flexibel in entgegengesetzten Welten. Als er im Dezember 2016 den Friedensnobelpreis entgegennahm, erfand er in seiner Rede in Oslo eine utopische, erweiterte Friedenszone: «Amerika ist eine Friedenszone. Sie reicht von Alaska bis Patagonien.»

Die Zusammenarbeit mit der NATO ist in Kolumbien selbst und in ganz Lateinamerika umstritten. Über zwei Jahre lang dauerte die Auseinandersetzung zwischen Kongress, Generalstaatsanwalt und Verfassungsgericht, bis der Vertrag am 26. Oktober 2016 endlich legalisiert werden konnte.

Für den Frieden mit der FARC-EP und der ELN ist die zu erwartende erhöhte Militarisierung des Landes, in dem der Schwerpunkt laut Friedensabkommen auf einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung liegen sollte, ein weiterer Rückschlag. Das provokative Verhalten militärischer Einheiten gegenüber FARC-Mitgliedern in verschiedenen Landesteilen während der vergangenen Wochen lässt darauf schliessen, dass eine NATO-Zusammenarbeit dort als Rückendeckung für Wühlarbeit gegen den Frieden verstanden wird.

Die Nachbarstaaten Kolumbiens wie Venezuela, Bolivien, Ecuador und Brasilien haben wiederholt die Zusammenarbeit mit der NATO und der Europäischen Union scharf kritisiert.

Sie sehen darin eine direkte militärische Bedrohung der Sicherheit in der Region. Sie befürchten, dass durch eine Beteiligung an den Kriegen der NATO, etwa im Nahen Osten, auch Kolumbien und dessen Nachbarstaaten ins Visier terroristischer Bedrohungen geraten könnten. Auch die atomwaffenfreie Zone, die einst feierlich erklärt worden war, könne durch eine NATO-Anbindung in Gefahr geraten. Eine unklare und unvorhersehbare militärische Entwicklung an ihren Grenzen ist an sich schon ein Sicherheitsrisiko.

«Der Bundesregierung liegen keine Hinweise darauf vor, dass die internationale militärische Zusammenarbeit Kolumbiens die Sicherheit der Nachbarländer und der Region gefährden würde», war die lapidare Antwort auf eine entsprechende Anfrage der Linksfraktion im Bundestag.

Die Verträge mit der NATO und der EU ermöglichen es dem zunehmend zum «Vorwärtsverteidigungsbündnis» mutierten Zusammenschluss, einen Brückenkopf an einem geostrategisch zentralen Punkt im Herzen Südamerikas aufzubauen.

Damit sind nicht nur militärische Interessen verbunden, sondern auch eine verstärkte politische Einflussnahme in der Region, wie auch Kanzlerin Merkel 2014 erklärte: «Die Bundesregierung hat ein besonderes Interesse daran, dass Kolumbien seiner Rolle als regionale Gestaltungsmacht gerecht wird.»

Quelle: <https://deutsch.rt.com/amerika/45083-kolumbien-nato-bundnis-usa-gefahr-frieden/>

**IMPRESSUM**

**FIGU-ZEITZEICHEN**

**Druck und Verlag:** Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

**Redaktion:** «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

**Abonnemente:**

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

**Postcheck-Konto:** FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** info@figu.org

**Internetz:** www.figu.org

**FIGU-Shop:** http://shop.figu.org



© FIGU 2017

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter  
[www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz